Spezialauswertung

Sonderausgabe – 19. August 2009

„Landespressekonferenz zur Kinderarmut am 18.08.09“

DGB NRW - Pressestelle -

Agenturmeldungen

Ad Hoc News, Direktbroker, News XL, 18.08.09

Familienminister - (ddp-Interview) Laschet verteidigt Regierungskonzept gegen Kinderarmut

Düsseldorf (ddp-nrw) Familienminister Armin Laschet (CDU) hat das Regierungskonzept zur Armutsbekämpfung gegen Kritik von Sozialverbänden und DGB verteidigt.

Düsseldorf (ddp-nrw). Familienminister Armin Laschet (CDU) hat das Regierungskonzept zur Armutsbekämpfung gegen Kritik von Sozialverbänden und DGB verteidigt. «Die Bekämpfung der Kinderarmut ist eines der wichtigsten Anliegen dieser Landesregierung», sagte Laschet am Dienstag der Nachrichtenagentur ddp in Düsseldorf. Die rot-grüne Vorgängerregierung habe die Armutsberichte im Landtag gar nicht mehr diskutiert. «Das haben wir mit dem Regierungswechsel 2005 geändert und mit dem Runden Tisch gegen Armut alle Akteure zusammengebracht», sagte Laschet weiter.

"><«Die CDU-geführte Landesregierung hat gegen Bildungsarmut den Kita-Ausbau vorangetrieben, das Geld für frühkindliche Bildung auf einen Nachkriegsrekord mit fast 1,2 Milliarden Euro gesteigert, den Ganztagsunterricht gefördert und das Programm 'Kein Kind ohne Mahlzeit' gestartet», ergänzte der Kinder- und Jugendminister.

«Wir nehmen die Anliegen der Sozialverbände sehr ernst, aber einzelne Vorschläge halte ich für falsch. Warum soll es sozial sein, den Kindergarten-Besuch für Besserverdienende komplett beitragsfrei zu stellen? Wer einkommensschwach ist, ist heute von den Gebühren befreit», sagte Laschet. «Warum soll aber ein Spitzenverdiener beitragsfrei sein?» Das Land setze auf «mehr Bildungspartizipation und Chancen für alle Kinder und Jugendlichen».

Ad Hoc News, Direktbroker, News XL, 18.08.09

Kindern - (Zweite Zusammenfassung - Neu: SPD; Grüne) 800 000 Kinder sind arm - Sozialbündnis greift Landesregierung an und fordert Grundsicherung von 500 Euro im Monat für jedes Kind --Von Martin Teigeler-- (Mit Datenblatt)

Düsseldorf (ddp-nrw) Angesichts von knapp 800 000 armen Kindern und Jugendlichen in Nordrhein-Westfalen hat ein Bündnis von Sozialverbänden der Landesregierung schwere Versäumnisse vorgeworfen.

Düsseldorf (ddp-nrw). Angesichts von knapp 800 000 armen Kindern und Jugendlichen in Nordrhein-Westfalen hat ein Bündnis von Sozialverbänden der Landesregierung schwere Versäumnisse vorgeworfen. Gemeinsam forderten die Arbeiterwohlfahrt, der DGB, der Paritätische Wohlfahrtsverband und der Kinderschutzbund am Dienstag in Düsseldorf ein beitragsfreies Bildungssystem und eine bedingungslose Grundsicherung von rund 500 Euro pro Monat und Kind. Familienminister Armin Laschet (CDU) wies die Kritik zurück.

«Es ist nicht hinzunehmen, dass in NRW nur 85 Prozent aller anspruchsberechtigten Kinder einen Kindergarten besuchen», sagte der Landesvorsitzende des Kinderschutzbundes, Dieter Greese. NRW bilde beim Ausbau der Kita-Plätze für unter Dreijährige mit Niedersachsen bundesweit das Schlusslicht. Die CDU/FDP-Landesregierung habe kein schlüssiges Gesamtkonzept zur Armutsbekämpfung.

«Die Landesregierung unternimmt nichts, um die Chancengleichheit von Kindern und Jugendlichen in NRW zu verbessern», rügte der Landeschef der Arbeiterwohlfahrt, Gunder Heimlich. An ihrem Runden Tisch zur Kinderarmut begnüge sich die Regierung mit der Rolle des Moderators. Die Politik müsse aktiver werden, um die «soziale Isolation» von Kindern zu bekämpfen.

In einem Memorandum sprachen sich die Organisationen zudem für eine Anhebung des Wohngelds für Familien mit Kindern aus. Nötig sei auch eine besondere Förderung von Kindern und Jugendlichen aus

Zuwandererfamilien. Das Schulsystem müsse dem Nachwuchs mehr Bildungschancen und mehr Ganztagsbetreuung bieten.

Die Vorschläge etwa für eine Grundsicherung würden nach Angaben der Bündnispartner zunächst mindestens zehn Milliarden Euro kosten. Präventive Ausgaben für mehr Bildung könnten dem Staat aber mittelfristig Kosteneinsparungen bei der Sozial- und Jugendhilfe bringen. Im Jahr 2007 hatte allein das Land NRW rund 1,2 Milliarden Euro für die Krisenintervention bei Kindern ausgegeben. 28 700 Kinder aus verarmten Familien wurden in Heime eingewiesen.

DGB-Landeschef Guntram Schneider kündigte an, das Bündnis werde die schwarz-gelbe Landesregierung bis zur Landtagswahl am 9. Mai 2010 beim Thema Kinderarmut in die Pflicht nehmen. Er kritisierte die Schulempfehlungen für arme Kinder, die zumeist nach der Grundschule in die Hauptschule geschickt würden, als «Form des Klassenkampfes». Mit dem gegliederten Schulsystem in NRW werde soziale Ungleichheit «zementiert», rügte Schneider.

Familienminister Laschet verteidigte die Strategie des Landes. «Die Bekämpfung der Kinderarmut ist eines der wichtigsten Anliegen dieser Landesregierung», sagte Laschet. Die rot-grüne Vorgängerregierung habe die Armutsberichte im Landtag gar nicht mehr diskutiert. «Das haben wir mit dem Regierungswechsel 2005 geändert und mit dem Runden Tisch gegen Armut alle Akteure zusammengebracht», sagte Laschet weiter.

Schwarz-Gelb habe etwa den Kita-Ausbau vorangetrieben, das Geld für frühkindliche Bildung auf einen Nachkriegsrekord mit fast 1,2 Milliarden Euro gesteigert, den Ganztagsunterricht gefördert und das Programm 'Kein Kind ohne Mahlzeit' gestartet, sagte Laschet.

Die Opposition im Landtag unterstützte hingegen das Sozialbündnis. «Anstatt die Ursachen für Kinderarmut zu bekämpfen, verschärft die Landesregierung das Problem, indem sie Unterschiede zwischen armen und reichen Kommunen bei den Kita-Gebühren schafft», sagte die SPD-Sozialexpertin Britta Altenkamp. Grünen-Fraktionsvize Barbara Steffens bezeichnete die Kinderarmut in NRW als einen «gesellschaftlichen Skandal».

(Quellen: Greese, Heimlich und Schneider in Düsseldorf; Laschet im ddp-Interview; Altenkamp und Steffens in Mitteilungen) ddp/mte/uge

Bündnis, 18.08.09,

Gesetz gegen Kinderarmut gefordert

Ein NRW-Bündnis gegen Kinderarmut fordert einen Rechtsanspruch auf rund 500 Euro Grundsicherung pro Kind und Monat. Außerdem verlangte es kostenlose Bildung und Gesundheitsversorgung für Minderjährige.

DÜSSELDORF - Die Initiatoren eines Bündnisse gegen Kinderarmut haben der Landesregierung am Dienstag in Düsseldorf vorgeworfen, nichts Wesentliches gegen die Spaltung der Gesellschaft in Arm und Reich zu unternehmen. Dabei sei jedes vierte Kind in NRW arm, sagte der Landesvorsitzende der Arbeiterwohlfahrt, Gunder Heimlich. Dies sei nicht mit "Almosen" und Ehrenämtern zu bekämpfen.

Eine entscheidende Rolle bei der Zementierung sozialer Ungerechtigkeiten spiele das selektive Schulsystem, bekräftigte der Vorsitzende der Deutschen Gewerkschaftsbunds in NRW, Guntram Schneider. "Dadurch wird Armut vererbt." Um gerechte Bildungschancen zu schaffen, müssten Kinder länger gemeinsam lernen und besser gefördert werden. Bildung müsse von der Krippe bis zur Weiterbildung kostenlos sein - inklusive Lernmittel. Außerdem dürfe kein Schüler ohne berufsqualifizierenden Abschluss aus der Schule entlassen werden, heißt es in dem Memorandum. Gefordert wird zudem eine Kinderkomponente beim Wohngeld.

Die von den Initiatoren vorgeschlagenen 500 Euro Existenzsicherung für Kinder sollen bis zum 27. Lebensjahr gewährt werden, soweit der Empfänger noch in Ausbildung sei, erläuterte der Landesvorsitzende des Kinderschutzbunds, Dieter Greese. In dieser zu versteuernden Summe sollten alle bisherigen Leistungen, wie Kindergeld und erzieherische Hilfen gebündelt werden.

Dadurch seien für die öffentliche Hand letztlich sogar Einsparungen möglich, weil dann nicht mehr soviel Geld in soziale "Reparaturmaßnahmen" fließen müsse, sagte Greese. Bislang gebe NRW jährlich rund 1,2 Milliarden Euro für die Krisenintervention in der Kinder- und Jugendhilfe aus.

Dringenden Handlungsbedarf sieht das Bündnis außerdem in den Kindergärten. Es könne nicht sein, dass arme Kommunen von der Kommunalaufsicht gezwungen würden, Elternbeiträge für Kindergärten zu

erheben, während die Eltern in reichen Städten, wie Düsseldorf, nichts bezahlen müssten, kritisierte Schneider. "Hier ist die Landesregierung am Zug."

Aus Sicht des Kinderschutzbunds wäre vor allem ein beitragsfreies erstes Kindergartenjahr wichtig, um alle Eingangshürden zu beseitigen. Vor allem im Wettbewerb um die wenigen Krippenplätze gingen arme Eltern leer aus, kritisierte Greese.(dpa)

Dpa 18.08.09

Jedes vierte Kind in NRW ist arm

In Nordrhein-Westfalen lebt jeder vierte Minderjährige in einem einkommensarmen Haushalt. Laut Landessozialbericht sind dies fast 800 000 Kinder und Jugendliche.

DÜSSELDORF - Am höchsten ist das Armutsrisiko bei Kindern mit zwei erwerbslosen Eltern: Hier sind mehr als vier von fünf Kindern betroffen. In Haushalten mit einem Paar und mindestens vier Kindern müssen fast 60 Prozent von einem unterdurchschnittlichen Einkommen leben. Bei Kindern von Alleinerziehenden trifft dies auf 42,6 und bei Kindern mit ausländischen Wurzeln auf 41,4 Prozent zu. In der Gesamtbevölkerung gilt jeder siebte als arm. (dpa)

Epd Nachrichtendienst, 18.08.09

Soziales Bündnis fordert 500 Euro Grundsicherung pro Kind

Düsseldorf (epd). Ein Bündnis von Wohlfahrt, Gewerkschaften und Kinderschutzbund in NRW hat eine monatliche Grundsicherung von rund 500 Euro pro Kind gefordert. "Das Problem Armut von Kindern und Jugendlichen lässt sich nicht mit Almosen und ehrenamtlichem Engagement lösen", erklärte der Vorsitzende der Landesarbeitsgemeinschaft Arbeiterwohlfahrt NRW (AWO), Gunder Heimlich, am Dienstag in Düsseldorf. Gemeinsam mit dem DGB, dem Kinderschutzbund, der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft und dem Paritätischen Wohlfahrtsverband legte die AWO ein Memorandum zur Bekämpfung der Kinderarmut im bevölkerungsreichsten Bundesland vor.

Es sei nicht hinnehmbar, dass mittlerweile fast 800.000 junge Menschen in Armut aufwachsen, "sozial isoliert, höheren Krankheitsrisiken ausgesetzt und in unserem sozial selektierten Bildungssystem auf die untersten Ränge verwiesen", kritisierte Heimlich. Den Schlüssel zur Problemlösung sieht das Bündnis in einer präventiven Ausrichtung der Kinder- und Jugendhilfe und des Bildungssystems. Außerdem sprach es sich für eine Begleitung der Risikofamilien von der Geburt der Kinder bis zu ihrem Eintritt in das Berufsleben aus.

Der geforderte monatliche Betrag von 500 Euro im Monat setzt sich aus 180 Euro Bildungsausgaben und 320 Euro Grundsicherung zusammen, wie der Vorsitzende des Kinderschutzbundes NRW, Dieter Geese erläuterte. Diese Summe solle für alle Kinder und Jugendlichen bis zum 27. Lebensjahr gezahlt werden, sofern sie zur Schule gehen oder studieren.

Bei einer Stärkung präventiver Maßnahmen könnten die Kommunal-Haushalte um bis zu 30 Prozent entlastet werden, erklärte das Bündnis. Bundesweit erhielten 2007 laut Kinderschutzbund insgesamt 810.000 junge Menschen Hilfen zur Erziehung nach dem Kinder- und Jugendhilfegesetz. Allein die Unterbringung in Heimen und heimähnlichen Einrichtungen stiegen von 2006 auf 2007 um 17 Prozent. Die Kommunen mussten für rund 28.700 Neueinweisungen 5,5 Milliarden Euro aufwenden. Statt spät einsetzender Reparaturmaßnahmen sollte mit frühen Hilfen gearbeitet werden.

Der Vorsitzende des DGB-Landesverbandes NRW, Guntram Schneider betonte, die Kinder seien die Hauptleidtragenden zunehmender Verarmung in Deutschland durch Arbeitslosigkeit und sinkende Einkommen. "Die Kürzungen bei Bildung und den sozialen Sicherungssystemen verschärfen die Armutsproblematik weiter", betonte der Gewerkschafter. Schneider appellierte an die Landesregierung, wirksame Entschuldungsstrategien für die finanziell immer klammer werdenden Kommunen zu entwickeln. "Auf der Basis von prekärer Beschäftigung, auf Mini-Jobs, Leiharbeit und Niedriglöhnen lassen sich schlecht Familien gründen!", erklärte der DGB-Landeschef. Zur Bekämpfung der Armut sei dringend eine abgestimmte Politik zwischen Bund, Ländern und Kommunen nötig. epd-West are spi

B2B-Deutschland.de 18.08.09

800 000 Kinder sind arm

Sozialbündnis greift Landesregierung an und fordert Grundsicherung von 500 Euro im Monat pro Kind

Angesichts von knapp 800 000 armen Kindern und Jugendlichen in Nordrhein-Westfalen hat ein Bündnis von Sozialverbänden der Landesregierung schwere Versäumnisse vorgeworfen. Gemeinsam forderten die Arbeiterwohlfahrt, der DGB, der Paritätische Wohlfahrtsverband und der Kinderschutzbund am Dienstag in Düsseldorf ein beitragsfreies Bildungssystem und eine bedingungslose Grundsicherung von rund 500 Euro pro Monat und Kind.

«Es ist nicht hinzunehmen, dass in NRW nur 85 Prozent aller anspruchsberechtigten Kinder einen Kindergarten besuchen», sagte der Landesvorsitzende des Kinderschutzbundes, Dieter Greese. Nordrhein-Westfalen bilde beim Ausbau der Kita-Plätze für unter Dreijährige mit Niedersachsen bundesweit das Schlusslicht. Die CDU/FDP-Landesregierung habe kein schlüssiges Gesamtkonzept zur Armutsbekämpfung.

«Die Landesregierung unternimmt nichts, um die Chancengleichheit von Kindern und Jugendlichen in NRW zu verbessern», rügte der Landeschef der Arbeiterwohlfahrt, Gunder Heimlich. Mit ihrem Runden Tisch zur Kinderarmut begnüge sich die Regierung mit der Rolle des Moderators. Die Politik müsse aktiver werden, um die «soziale Isolation» von Kindern zu bekämpfen.

In einem Memorandum sprachen sich die Organisationen zudem für eine Anhebung des Wohngelds für Familien mit Kindern aus. Nötig sei auch eine besondere Förderung von Kindern und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien. Das Schulsystem müsse dem Nachwuchs mehr Bildungschancen und mehr Ganztagsbetreuung bieten.

Die Vorschläge etwa für eine Grundsicherung würden nach Angaben der Bündnispartner zunächst mindestens zehn Milliarden Euro kosten. Präventive Ausgaben für mehr Bildung könnten dem Staat aber mittelfristig Kosteneinsparungen bei der Sozial- und Jugendhilfe bringen. Im Jahr 2007 hatte allein das Land NRW rund 1,2 Milliarden Euro für die Krisenintervention bei Kindern ausgegeben. 28 700 Kinder aus verarmten Familien wurden in Heime eingewiesen.

DGB-Landeschef Guntram Schneider kündigte an, das Bündnis werde die schwarz-gelbe Landesregierung bis zur Landtagswahl am 9. Mai 2010 beim Thema Kinderarmut in die Pflicht nehmen. Er kritisierte die Schulempfehlungen für arme Kinder, die zumeist nach der Grundschule in die Hauptschule geschickt würden, als «Form des Klassenkampfes». Mit dem gegliederten Schulsystem in NRW werde soziale Ungleichheit «zementiert», rügte Schneider.

Die CDU-Familienpolitikerin Marie-Theres Kastner betonte in einer Reaktion, Armut sei ein ernstes Thema. Ministerpräsident Jürgen Rüttgers (CDU), die Landesregierung und die sie tragenden Parteien ließen «sich nicht überbieten in ihrem Kampf gegen die Kinderarmut», sagte die Landtagsabgeordnete. «Worauf es jetzt ankommt, ist, Arbeitsplätze zu sichern, die Bildungschancen zu verbessern und konkret zu helfen», ergänzte sie.© ddp

Hallo-Rhein-Neckar – Politik, 19.08.09

800 000 Kinder sind arm

Angesichts von knapp 800 000 armen Kindern und Jugendlichen in Nordrhein-Westfalen hat ein Bündnis von Sozialverbänden der Landesregierung schwere Versäumnisse vorgeworfen. Gemeinsam forderten die Arbeiterwohlfahrt, der DGB, der Paritätische Wohlfahrtsverband und der Kinderschutzbund am Dienstag in Düsseldorf ein beitragsfreies Bildungssystem und eine bedingungslose Grundsicherung.

"Es ist nicht hinzunehmen, dass in NRW nur 85 Prozent aller anspruchsberechtigten Kinder einen Kindergarten besuchen", sagte der Landesvorsitzende des Kinderschutzbundes, Dieter Greese. Nordrhein-Westfalen bilde beim Ausbau der Kita-Plätze für unter Dreijährige mit Niedersachsen bundesweit das Schlusslicht. Die CDU/FDP-Landesregierung habe kein schlüssiges Gesamtkonzept zur Armutsbekämpfung.

"Die Landesregierung unternimmt nichts, um die Chancengleichheit von Kindern und Jugendlichen in NRW zu verbessern", rügte der Landeschef der Arbeiterwohlfahrt, Gunder Heimlich. Mit ihrem Runden Tisch zur Kinderarmut begnüge sich die Regierung mit der Rolle des Moderators. Die Politik müsse aktiver werden, um die "soziale Isolation" von Kindern zu bekämpfen.

In einem Memorandum sprachen sich die Organisationen zudem für eine Anhebung des Wohngelds für Familien mit Kindern aus. Nötig sei auch eine besondere Förderung von Kindern und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien. Das Schulsystem müsse dem Nachwuchs mehr Bildungschancen und mehr Ganztagsbetreuung bieten.

Die Vorschläge etwa für eine Grundsicherung würden nach Angaben der Bündnispartner zunächst mindestens zehn Milliarden Euro kosten. Präventive Ausgaben für mehr Bildung könnten dem Staat aber mittelfristig Kosteneinsparungen bei der Sozial- und Jugendhilfe bringen. Im Jahr 2007 hatte allein das Land NRW rund 1,2 Milliarden Euro für die Krisenintervention bei Kindern ausgegeben. 28 700 Kinder aus verarmten Familien wurden in Heime eingewiesen.

DGB-Landeschef Guntram Schneider kündigte an, das Bündnis werde die schwarz-gelbe Landesregierung bis zur Landtagswahl am 9. Mai 2010 beim Thema Kinderarmut in die Pflicht nehmen. Er kritisierte die Schulempfehlungen für arme Kinder, die zumeist nach der Grundschule in die Hauptschule geschickt würden, als "Form des Klassenkampfes". Mit dem gegliederten Schulsystem in NRW werde soziale Ungleichheit "zementiert", rügte Schneider.

Die CDU-Familienpolitikerin Marie-Theres Kastner betonte in einer Reaktion, Armut sei ein ernstes Thema. Ministerpräsident Jürgen Rüttgers (CDU), die Landesregierung und die sie tragenden Parteien ließen "sich nicht überbieten in ihrem Kampf gegen die Kinderarmut", sagte die Landtagsabgeordnete. "Worauf es jetzt ankommt, ist, Arbeitsplätze zu sichern, die Bildungschancen zu verbessern und konkret zu helfen", ergänzte sie. (ddp)

WDR.de, 18.08.09

Zehn-Punkte-Programm gegen Armut

Zehn Punkte gegen Kinderarmut

Fast 800.000 junge Menschen in NRW leben nach Berechnungen des DGB und der Sozialverbände in Armut. In einem am Dienstag (18.08.09) in Düsseldorf vorgestellten Zehn-Punkte-Programm fordern die Verbände rasches Handeln von der Politik.

Grundsicherung gefordert

So fordert das Bündnis aus AWO, Deutschem Gewerkschaftsbund, der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, dem Kinderschutzbund und dem Paritätischen Wohlfahrtsverband ein abgestimmtes Vorgehen gegen die Kinderarmut. Bereits der Sozialbericht 2007 der Landesregierung NRW habe das Ausmaß "dieser gesellschaftlichen Problematik" festgestellt. Geschehen sei bisher aber so gut wie nichts, sagte Gunder Heimlich, Vorsitzender der Arbeiterwohlfahrt in NRW.

Ein von den Verbänden vorgestelltes Memorandum zur Bekämpfung der Kinderarmut listet mögliche Maßnahmen auf: Kernpunkte seien eine präventive Ausrichtung der Kinder- und Jugendhilfe, ein beitragsfreies Bildungssystem sowie die Begleitung der Risikofamilien mit einer Präventionskette von der Geburt der Kinder bis zu ihrem Eintritt in das Berufsleben. Ebenso fordern die Verbände eine existenzsichernde Grundsicherung von 502 Euro pro Monat und Kind für alle Kinder in Deutschland.

Arbeitslosigkeit als eine Ursache

Mehr Informationen

http://www.wdr.de/mediathek/html/regional/2009/08/18/piazza-kinderarmut.xml

http://www.wdr.de/themen/politik/nrw04/kinderarmut/090818.jhtml?rubrikenstyle=panorama

Fernsehen

Sat 1. 17.30 Live

http://www.sat1nrw.de/Archiv/Kinderarmut-/441d697/

Die hohe Arbeitslosigkeit und der anwachsende Niedriglohnsektor sind für DGB-NRW Vorsitzenden Guntram Schneider die Hauptursachen für Armut in Familien. "Auf der Basis von prekärer Beschäftigung, auf Mini-Jobs, Leiharbeit und Niedriglöhnen lassen sich schlecht Familien gründen", sagte Schneider. Die Politik müsse die falschen Weichenstellungen der Vergangenheit jetzt schnellstmöglich korrigieren.

"Lediglich Betroffenheit zu zeigen, hilft nicht weiter. Wir brauchen Investitionen in die Zukunft, die allen unseren Kindern Chancen auf eine gesellschaftliche Teilhabe eröffnen", sagte Heimlich. Die Vorschläge etwa für eine Grundsicherung würden mindestens zehn Milliarden Euro kosten. Präventive Ausgaben für mehr Bildung könnten dem Staat aber mittelfristig Kosteneinsparungen bei der Sozial- und Jugendhilfe bringen. Im Jahr 2007 hatte allein das Land NRW rund 1,2 Milliarden Euro für die Krisenintervention bei Kindern ausgegeben. 28.700 Kinder aus verarmten Familien wurden in Heime eingewiesen.

ZWD Online.de, 19.08.09

Sozialverbände legen Memorandum zur Kinderarmut vor

Plädoyer für eine „Überwindung der Grenzen des Föderalismus“ und eine „existenzsichernde Grundsicherung von Kindern“
zwd Düsseldorf (gev). In Nordrhein-Westfalen hat ein Bündnis von Sozialverbänden an die Politik auf allen Ebenen appelliert, „abgestimmt und wirksam“ gegen die anhaltend hohe Armutsquote bei Kindern und Jugendlichen vorzugehen. Hierzu legten der Deutsche Gewerkschaftsbund, die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, der Kinderschutzbund, der Paritätische Wohlfahrtsverband und die Arbeiterwohlfahrt am 18. August ein Memorandum vor. Die Denkschrift enthält mit dem „Zehn-Punkte-Plan zur Bekämpfung der Armutsfolgen bei Kindern“ Handlungsempfehlungen.

Dem Memorandum zufolge sind in Nordrhein-Westfalen rund 800.000 junge Menschen unter 18 Jahren von Armut betroffen. In der Phase des wirtschaftlichen Abschwungs müsse zudem mit einem dramatischen Anstieg von Kindern und Jugendlichen im Hartz IV-Bezug gerechnet werden, heißt es dort weiter. „Dieses Ausmaß an Armut in unserem reichen Land ist ein gesellschaftspolitischer Skandal sondergleichen und beschädigt das Ansehen Nordrhein-Westfalens“, kritisierte Gunder Heimlich, Vorsitzender der Arbeiterwohlfahrt in NRW. Arme Kinder litten unter materiellen Entbehrungen, seien häufiger krank und sozial isoliert und scheiterten überdurchschnittlich häufig „an unserem selektiv ausgerichteten Bildungssystem", führte er weiter aus.

Bündnis empfiehlt präventive Ausrichtung der Kinder- und Jugendhilfe und des Bildungssystems

Das Bündnis sieht den Schlüssel zur Problemlösung in einer präventiven Ausrichtung der Kinder- und Jugendhilfe und des Bildungssystems. Für Risikofamilien empfehlen die Sozialverbände „eine Begleitung mit einer Präventionskette von der Geburt der Kinder bis zum Eintritt in das Berufsleben“. Zu den Forderungen zählt auch eine existenzsichernde Grundsicherung für alle Kinder in Deutschland. Auch müssten „die Grenzen des Föderalismus“ überwunden werden. Nach den Worten Heimlichs würde sich ein Großteil dieser Investitionen „fast wie von selbst“ finanzieren. Denn auf diese Weise könne ein hoher Anteil der Kosten für Krisenintervention der Kinder- und Jugendhilfe von derzeit 1,2 Milliarden Euro überflüssig gemacht werden.
Die NRW-Grünen sehen sich durch das Memorandum der Sozialverbände in ihren Forderungen und ihrer Kritik an der schwarz-gelben Landesregierung bestätigt. „Wir weisen seit langem darauf hin, dass endlich wirksame Maßnahmen gegen die Kinderarmut und für mehr Chancengleichheit ergriffen werden müssen“, sagte Barbara Steffens, stellvertretende Fraktionsvorsitzende und sozialpolitische Sprecherin der Landesgrünen. Auch die NRW-SPD stellte sich auf die Seite der Verbände. Sie hätten zurecht darauf hingewiesen, dass die Teilhabe aller Kinder in den Mittelpunkt der politischen Maßnahmen gehört, unabhängig davon, welches fachliche Ressort zuständig ist, sagte Britta Altenkamp, stellvertretende Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion. Es sei richtig, Prävention und Partizipation gegenüber einer verspäteten Krisenintervention Vorrang einzuräumen.

DGB: Arbeitslosigkeit und Anwachsen des Niedriglohnbereichs Hauptursachen für Familienarmut

Das „dramatische“ Anwachsen des Niedriglohnbereichs und die hohe Arbeitslosigkeit sind für den NRW-Vorsitzenden des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Guntram Schneider, die Hauptursachen für Familien in Armut. Auf der Basis von prekärer Beschäftigung, auf Mini-Jobs, Leiharbeit und Niedriglöhnen ließen sich schlecht Familien gründen, stellte Schneider fest. Er forderte zur Bekämpfung der Armut eine „abgestimmte Politik zwischen Bund, Ländern und Kommunen“.

Das Zehn-Punkte-Programm im Überblick

- Überwindung der Grenzen des Föderalismus
- Formulierung und Umsetzung eines abgestimmten Bildungs- Sozialstaats- und Finanzierungskonzeptes

- Der Vorrang für das Wohl des Kindes
- Existenzsichernde Grundsicherung von Kindern
- Prävention und Partizipation statt Krisenintervention
- Unterstützung von Eltern in ihrer erzieherischen Verantwortung
- Der Aufbau und Ausbau von Kindertagesstätten und der Kindertagespflege
- Eine Reformierung der schulischen Bildung
- Förderung von Kindern mit Migrationshintergrund
- Sicherung einer frühen und Durchgängigen medizinischen Versorgung

Das Memorandum zum Download unter www.nrw.dgb.de

Zeitungen

Quelle	Westfälische Rundschau vom 19.08.2009
Seite	6
Ressort	Mantel Politik
Quellrubrik	WR Lennetal-Altena
Web-Link	http://www.waz-mediengruppe.de
Autor	Norbert Robers
Urheberinfo	Westdeutsche Allgemeine Zeitungsverlagsgesellschaft E. Brost & J. Funke GmbH u. Co. KG

WESTFÄLISCHE RUNDSCHAU

Soziale Organisationen werfen Landesregierung Untätigkeit vor

Offensive gegen Kinderarmut

Norbert Robers

Düsseldorf. Der "Sozialbericht NRW" aus dem Jahr 2007 machte vor allem eines deutlich: Kinderarmut ist an Rhein und Ruhr ein gravierendes Problem - jedes vierte Kind gilt als Not leidend. Zwei Jahre später klagen der Kinderschutzbund, die Arbeiterwohlfahrt und der nordrhein-westfälische Gewerkschaftsbund an: Die Lage hat sich nicht verbessert.

Im Gegenteil: Es gebe allenfalls "Ansätze" im Kampf gegen Kinderarmut. Die Landesregierung beschränke sich auf eine "moderierende Rolle" und unternehme nichts gegen die Chancen-Ungleichheit. "So wird die soziale Spaltung verfestigt", betont Awo-Landeschef Gunder Heimlich.

Die drei Organisation gehen deshalb in die Offensive. In ihrem "Memorandum Kinderarmut" stellen sie ein Zehn-Punkte-Programm auf. Die wichtigsten Forderungen lauten: Erstens, ein bundesweit geltendes Bildungs-, Sozialstaats- und Finanzierungskonzept.

Zweitens, eine Grundsicherung für jedes Kind in Höhe von 502 Euro. Drittens, ein kostenfreier Zugang für alle Kinder zu allen Bildungs-, Erziehungs- und Betreuungs-einrichtungen. Viertens, die Sicherung einer medizinischen Versorgung unabhängig vom Mitwirken der Eltern. Das Konzept fuße vor allem auf der Idee von "frühzeitiger Prävention", unterstrich der NRW-Kinderschutz-Vorsitzende Dieter Greese. Nur so könne die Gesellschaft von den Kosten "spät einsetzender Reparaturmaßnahmen" entlastet werden.

Der Düsseldorfer DGB-Chef Guntram Schneider verband das Memorandum mit der Forderung nach längerem gemeinsamem Lernen und der Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns.

NRW-Familienminister Armin Laschet (CDU) verteidigte die Landesregierung. Kinderarmut sei vor allem das Ergebnis von Bildungsarmut - deshalb verfolge die Koalition unter anderem den Ausbau der Ganztagsschulen. Die Erhöhung von Barleistungen seien dagegen der "falsche Weg".

© PMG Presse-Monitor GmbH

Quelle Westfalenpost vom 19.08.2009
Seite 2
Ressort Mantel Politik
Quellrubrik WP Hagen-Postausgabe
Web-Link http://www.waz-mediengruppe.de
Autor Von Wilfried Goebels
Urheberinfo Westdeutsche Allgemeine Zeitungsverlagsgesellschaft E. Brost & J. Funke GmbH u. Co. KG

Bündnis fordert Wende in der Kinderpolitik

"Nicht Folgen der Armut bekämpfen, sondern die Armut selbst"

Von Wilfried Goebels
Düsseldorf.
Der NRW-Vorsitzende des Kinderschutzbundes, Dieter Greese, hat ein kostenloses erstes Kindergartenjahr für Eltern verlangt. "Wir müssen nicht die Folgen der Kinderarmut bekämpfen, sondern die Kinderarmut selbst", drängte DGB-Chef Schneider.
In NRW lebe bereits jeder fünfte abhängig Beschäftigte - einschließlich Teilzeit und Minijobs - im Niedriglohnbereich, klagte Schneider. Damit werde der Minilohn zu einer Hauptursache für Kinderarmut.
In einem 10-Punkte-Programm spricht sich das Sozialbündnis von Awo, Kinderschutzbund, GEW, Paritätischem Wohlfahrtsverband und DGB für ein völliges Umsteuern der Kinderpolitik aus.
Armutsrisiko für Kinder von Alleinerziehenden liegt bei 42 Prozent
Bisher gebe es fast keine Rechtsansprüche auf vorsorgende Förderung von Kindern und Jugendliche, die eine spätere Krisenintervention überflüssig mache, sagte Heimlich.
In NRW beträgt das Armutsrisiko für Kinder von Alleinerziehenden 42 Prozent, für Familien mit vier Kindern 59 Prozent und für Kinder aus Migrantenfamilien 41 Prozent. Dramatisch wird es bei Kindern mit zwei nicht-erwerbstätigen Eltern: 83 Prozent Armutsrisiko. Bei Einzelkindern in Paarhaushalten sind nur zwölf Prozent von Armut betroffen.
Ein Problem ist die wach-sende Erziehungsbedürftigkeit von Kindern. Allein von 2006 auf 2007 stieg die Zahl der Unterbringungen in Erziehungsheimen laut Kinderschutzbund um 17 Prozent auf 28 700 Fälle an. Die Kommunen mussten bundesweit 5,5 Milliarden Euro für erzieherische Hilfen aufwenden. Die Masse der Erziehungshilfen betraf 8- bis 16-Jährige. Auch das UN-Kinderhilfswerk Unicef hat schon das wachsende Problem der Kinderarmut untersuchen lassen.
Foto: ddp

© PMG Presse-Monitor GmbH

Quelle Neue Westfälische vom 19.08.2009
Seite Politik 02
Ausgabe Neue Westfälische | Gesamtausgabe
Ressort Politik
Quellrubrik POLITIK

KOMMENTARE

Memorandum gegen Kinderarmut

Ärmste Opfer

Der Begriff ist eigentlich irreführend, denn es gibt keine isolierte Kinderarmut. Kinder sind arm, wenn die Familien, in denen sie aufwachsen, arm sind, wenn ihnen weniger als die Hälfte des durchschnittlichen Einkommens zur Verfügung steht. Konzepte zur Bekämpfung der Kinderarmut müssen deshalb beim Kampf gegen die verbreitete Armut in Deutschland ansetzen, und darum steht die Forderung nach einem gesetzlichen Mindestlohn zu Recht im Mittelpunkt der Forderungen von Wohlfahrtsorganisationen, Kinderschutzbund und Gewerkschaften. Kinder sind die ärmsten und hilflosesten Opfer der Armut. Wenn die Kleinen nicht in den Kindergarten gehen, weil den Eltern die Beiträge zu hoch sind, wenn bei Grundschülern bei Büchern, Heften und Stiften geknausert werden muss, wenn ältere Schüler nicht an Klassenfahrten teilnehmen und sich keinen eigenen Laptop oder Computer leisten können, dann werden sie massiv in ihren Bildungs- und Entwicklungschancen behindert, dann ist abzusehen, dass sie auf Dauer zur Armut verdammt sind. Das Schlimmste, was die Verfasser des Memorandums gegen Kinderarmut vortrugen, war die Sorge, Staat, Gesellschaft und Politik hätten sich mit der Armut von Kindern abgefunden. Mah-

nungen und Forderungen gab es reichlich, trotzdem leben immer mehr Kinder in immer größerer Armut. Wohltätige Aktionen wie ein Mittagessen für jedes Kind helfen zwar, Hunger zu stillen, beseitigen aber nicht die Ursachen der Armut. Dazu ist es vor allem erforderlich, dass alle Kinder länger gemeinsam lernen und dass nicht nach vier Jahren Grundschule selektiert wird, wer zur Hauptschule abgeschoben wird und wer aufs Gymnasium oder die Realschule darf. Dazu gehört auch eine Grundsicherung für jedes Kind, und der Betrag von 500 Euro, den die Verbände nannten, ist nicht zu hoch. peter.jansen@ ihr-kommentar.de Bericht Titelseite

Abbildung

Quelle	Neue Westfälische vom 19.08.2009
Seite	Titelseite
Ausgabe	Neue Westfälische | Gesamtausgabe
Ressort	Politik
Quellrubrik	POLITIK

Neue Westfälische

Jedes vierte Kind in NRW ist arm

Verbände fordern 500 Euro Grundsicherung

VON UNSEREM KORRESPONDENTEN PETER JANSEN Düsseldorf. Eine bessere finanzielle Grundsicherung, kostenfreie Bildung vom Kindergarten bis zur Hochschule und ein neues, integratives Schulsystem stehen im Mittelpunkt der Forderungen von Kinderschutzbund, Arbeiterwohlfahrt, dem Paritätischen und des DGB zur Bekämpfung der Kinderarmut. In einem gemeinsamen Memorandum, das sie an Landesregierung und Landtagsfraktionen verschickten, warnen sie, NRW könne sich nicht leisten, "800.000 junge Menschen dauerhaft ins Abseits zu stellen". Die Verbände setzten sich für eine existenzsichernde Grundsicherung für alle Kinder ein, die nach Ansicht der Arbeiterwohlfahrt 500 Euro monatlich betragen muss. 320 Euro seien das vom Bundesverfassungsgericht festgestellte Existenzminimum für Kinder und Jugendliche, weitere 180 Euro seien für Bildung erforderlich. Falls Kindergartenbeiträge und Studiengebühren wegfielen, könne dieser Betrag gesenkt werden. Die Verbände bezifferten die Mehraufwendungen auf rund zehn Milliarden Euro. Dem stünden allerdings erhebliche Einsparungen gegenüber, weil weniger Leistungen für Erziehungshilfen und Heimunterbringung anfielen. Nach Angaben des Sozialministeriums leben 800.000 Kinder in Nordrhein-Westfalen in Armut, das sind knapp 25 Prozent aller Bewohner unter 18 Jahren. Besonders hoch ist das Armutsrisiko, wenn die Eltern arbeitslos sind, für Kinder mit einem alleinerziehenden Elternteil und für Kinder in Migrantenfamilien. Als weitere Ursachen für Armut von Familien und Kindern nannte NRW-DGB-Chef Guntram Schneider das "dramatische Anwachsen des Niedriglohnbereichs". Über 20 Prozent der Beschäftigten in NRW erhielten nur einen Niedriglohn. Im März hätte für 265.000 Beschäftigte der Lohn durch Arbeitslosengeld II aufgestockt werden müssen. Der NRW-Landesvorsitzende des Kinderschutzbunds, Dieter Greese, wies darauf hin, dass im Jahr 2007 bundesweit 810.000 junge Menschen Erziehungshilfen benötigten. Die Einweisungen in Heime und ähnliche Einrichtungen stiegen von 2006 auf 2007 um 17 Prozent auf knapp 29.000, die Kommunen hätten dafür 5,5 Milliarden Euro aufwenden müssen. Wenn es zu solchen Maßnahmen komme, sei schon "viel zu vieles schiefgelaufen", sagte Greese. Es gehe darum, "das Schieflaufen abzuwenden". Um Probleme und Rückstände in Armut lebender Kinder möglichst früh erkennen und bekämpfen zu können, wird in dem Memorandum ein enger Informationsaustausch zwischen dem Gesundheitssystem, Kindergarten, Schule und beruflicher Bildung gefordert. Sie sollten eine "Präventionskette" bilden, dabei ihr enges "professionelles Korsett" überwinden und mit allen vorangegangenen und nachfolgenden Gliedern der Präventionskette in Kontakt bleiben. Die Verbände setzten sich dafür ein, dass alle Schüler bis zum Ende der Sekundarstufe I in integrierten Ganztagsschulen mit einander lernen. Lernmittel müssten kostenlos bereitgestellt werden, kein Schüler dürfe ohne einen berufsqualifizierenden Abschluss aus der Schule entlassen werden. - Kommentar

Kommentare

Neue Westfälische: KOMMENTARE Memorandum gegen Kinderarmut Ärmste Opfer PETER JANSEN, DÜSSELDORF

Bielefeld (ots) - Der Begriff ist eigentlich irreführend, denn es gibt keine isolierte Kinderarmut. Kinder sind arm, wenn die Familien, in denen sie aufwachsen, arm sind, wenn ihnen weniger als die Hälfte des durchschnittlichen Einkommens zur Verfügung steht. Konzepte zur Bekämpfung der Kinderarmut müssen deshalb beim Kampf gegen die verbreitete Armut in Deutschland ansetzen, und darum steht die Forderung nach einem gesetzlichen Mindestlohn zu Recht im Mittelpunkt

der Forderungen von Wohlfahrtsorganisationen, Kinderschutzbund und Gewerkschaften.
Kinder sind die ärmsten und hilflosesten Opfer der Armut. Wenn die Kleinen nicht in den Kindergarten gehen, weil den Eltern die Beiträge zu hoch sind, wenn bei Grundschülern bei Büchern, Heften und Stiften geknausert werden muss, wenn ältere Schüler nicht an Klassenfahrten teilnehmen und sich keinen eigenen Laptop oder Computer leisten können, dann werden sie massiv in ihren Bildungs- und Entwicklungschancen behindert, dann ist abzusehen, dass sie auf Dauer zur Armut verdammt sind.
Das Schlimmste, was die Verfasser des Memorandums gegen Kinderarmut vortrugen, war die Sorge, Staat, Gesellschaft und Politik hätten sich mit der Armut von Kindern abgefunden. Mahnungen und Forderungen gab es reichlich, trotzdem leben immer mehr Kinder in immer größerer Armut. Wohltätige Aktionen wie ein Mittagessen für jedes Kind helfen zwar, Hunger zu stillen, beseitigen aber nicht die Ursachen der Armut.
Dazu ist es vor allem erforderlich, dass alle Kinder länger gemeinsam lernen und dass nicht nach vier Jahren Grundschule selektiert wird, wer zur Hauptschule abgeschoben wird und wer aufs Gymnasium oder die Realschule darf. Dazu gehört auch eine Grundsicherung für jedes Kind, und der Betrag von 500 Euro, den die Verbände nannten, ist nicht zu hoch.

Quelle Neue Ruhr Zeitung / Neue Rhein Zeitung vom 19.08.2009
Seite 1
Autor cm

800 000 arme Kinder: Sozialbündnis empört

NRW-Landesregierung weist Vorwürfe zurück

Düsseldorf. Familienminister Laschet (CDU) hat das Regierungskonzept zur Armutsbekämpfung gegen Kritik von Sozialverbänden verteidigt. „Die Bekämpfung der Kinderarmut ist eines der wichtigsten Anliegen dieser Landesregierung", sagte Laschet in Düsseldorf. „Die CDU-geführte Landesregierung hat gegen Bildungsarmut den Kita-Ausbau vorangetrieben, das Geld für frühkindliche Bildung auf einen Nachkriegsrekord mit fast 1,2 Milliarden Euro gesteigert, den Ganztagsunterricht gefördert und das Programm Kein Kind ohne Mahlzeit gestartet", so Laschet. Angesichts von knapp 800 000 armen Kindern und Jugendlichen in NRW hatte ein Bündnis von Sozialverbänden der Landesregierung schwere Versäumnisse vorgeworfen. Gemeinsam forderten die Arbeiterwohlfahrt, der DGB, der Paritätische Wohlfahrtsverband und der Kinderschutzbund ein beitragsfreies Bildungssystem und eine bedingungslose Grundsicherung von rund 500 Euro pro Monat und Kind. cm

© PMG Presse-Monitor GmbH

Quelle Aachener Nachrichten vom 19.08.2009
Seite 4
Ausgabe Aachener Nachrichten Gesamtausgabe
Ressort Politik
Autor Von Johannes Nitschmann

Aachener Nachrichten

Neue Form von „Klassenkampf"

Aktionsbündnis zur Bekämpfung der Kinderarmut in NRW verlangt Existenzsicherung, kostenlose Bildung und Gesundheitsvorsorge für jedes Kind

Düsseldorf. Einen Rechtsanspruch auf eine existenzsichernde Grundsicherung in Höhe von monatlich 502 Euro pro Kind hat ein nordrhein-westfälisches Bündnis aus Wohlfahrtverbänden, Kinderschutzbund und Gewerkschaften zur Bekämpfung der Kinderarmut gefordert. Das Problem der Kinderarmut lasse sich „nicht mit Almosen und ehrenamtlichem Engagement lösen", erklärte der Landesvorsitzende der Arbeiterwohlfahrt (AWO), Gunder Heimlich, am Dienstag in Düsseldorf. Neben einer Existenzsicherung verlangt das Bündnis kostenlose Bildung und Gesundheitsvorsorge für Kinder. Von den 3,3 Millionen Kindern und Jugendlichen in NRW seien derzeit 776 000 von Armut betroffen. Fast jedes vierte Kind zwischen Rhein und Weser sei arm.

Die Initiatoren des Bündnisses zur Bekämpfung der Kinderarmut warfen der nordrhein-westfälischen Landesregierung vor, dass sie „nichts unternimmt, um die Chancengleichheit von Kindern und Jugendlichen zu verbessern". Stattdessen würden Kommunen mit einem hohen Anteil sozial benachteiligter Bevölkerung dazu gezwungen, die Elternbeiträge für die Kinderbeiträge anzuheben, während gleichzeitig die Landeshauptstadt Düsseldorf die Eltern beitragsfrei stelle. Die Landesregierung werde ihrer Verantwortung in der Kinder-, Jugend-, Bildungs- und Sozialpolitik nicht gerecht, erklärte AWO-Landeschef Heimlich. Bei der Bekämpfung der Kinderarbeit zeige die Politik lediglich Betroffenheit und beschränke sich „auf ihre moderierende Rolle". Damit werde „die Spaltung zwischen Arm und Reich verfestigt".

Die von dem Bündnis vorgeschlagene Existenzsicherung für Kinder und Jugendliche soll maximal bis zum 27. Lebensjahr gewährt werden, soweit sich der Empfänger noch in Ausbildung befindet. In diesem zu versteuernden Betrag sollten alle bisherigen Leistungen, wie etwa Kindergeld und finanzielle Erziehungshilfen gebündelt werden, erklärte der Landesvorsitzende des Kinderschutzbundes, Dieter Greese. Der monatliche Existenzsicherungs-Betrag in Höhe von 502 Euro setzt sich aus 322 Euro für Lebenshaltung und einem Bildungszuschuss von 180 Euro zusammen. Durch eine solche Grundsicherung für Kinder seien für die öffentliche Hand am Ende sogar Einsparungen möglich, weil die sozialen Aufwendungen für „Reparaturmaßnahmen" entfielen.

Der NRW-Landesvorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DBB), Guntram Schneider, machte für die Kinderarmut zunehmende Niedriglöhne in Arbeiterfamilien und das bestehende Bildungssystem verantwortlich. Derzeit arbeiteten bundesweit bereits 6,8 Millionen Menschen in Niedriglohngruppen, zwei Millionen davon für einen Stundenlohn von unter fünf Euro. Dadurch müssten immer mehr Kinder auf Taschengeld, Freizeit- und Sportangebote verzichten. Zudem müsse „die Selektion im Bildungssystem" abgebaut werden, um Kinderarmut zu bekämpfen, erklärte der DGB-Landeschef. Durch das bestehende dreigliedrige Schulsystem würden „Armutskarrieren" begründet. So erhielten etwa Arbeiterkinder häufig Schulempfehlungen für die Hauptschule. „Das ist die Zementierung sozialer Ungerechtigkeit. Das ist die Form des Klassenkampfes im modernen Gewand", sagte Schneider.

Die familienpolitische Sprecherin der CDU-Fraktion, Marie Theres Kastner, erklärte, die Landesregierung lasse sich „nicht überbieten im Kampf gegen die Kinderarmut". Jetzt komme es darauf an, Arbeitsplätze zu sichern, Bildungschancen zu verbessern und konkret Hilfen zu leisten. Die Landtags-Grünen unterstützen das Bündnis uneingeschränkt in ihren Forderungen. „Das Ausmaß der Kinderarmut in NRW ist ein gesellschaftlicher Skandal", sagte die Vize-Fraktionsvorsitzende der Grünen, Barbara Steffens.

Quelle Westdeutsche Allgemeine WAZ vom 19.08.2009
Seite 5
Ressort Mantel Politik
Quellrubrik WAZ Waltrop
Web-Link http://www.waz-mediengruppe.de
Autor Norbert Robers
Urheberinfo Westdeutsche Allgemeine Zeitungsverlagsgesellschaft E. Brost & J. Funke GmbH u. Co. KG

Verbände beklagen anhaltende Kinderarmut

Der NRW-Sozialbericht sieht bestenfalls Ansätze zur Besserung. Landesregierung weist die Vorwürfe zurück

Norbert Robers

Düsseldorf. Der "Sozialbericht NRW" aus dem Jahr 2007 machte vor allem eines deutlich: Kinderarmut ist ein gravierendes Problem - jedes vierte Kind gilt als arm. Zwei Jahre später klagen der Kinderschutzbund, die Arbeiterwohlfahrt und der NRW-DGB an: Die Lage hat sich nicht verbessert. Im Gegenteil: Es gebe allenfalls "Ansätze" im Kampf gegen Kinderarmut. Die Landesregierung beschränke sich auf eine "moderierende Rolle" und unternehme nichts gegen die Chancen-Ungleichheit. "So wird die soziale Spaltung verfestigt", betont Awo-Landeschef Gunder Heimlich.

Die drei Organisationen gehen deshalb in die Offensive. In ihrem "Memorandum Kinderarmut" stellen sie ein Zehn-Punkte-Programm auf. Gefordert wird unter anderem ein bundesweit geltendes Bildungs-, Sozialstaats- und Finanzierungskonzept und ein Gratiszugang für alle Kinder zu Bildungs-, Erziehungs- und Betreuungseinrichtungen.

NRW-DGB-Chef Guntram Schneider trat ferner für ein längeres gemeinsames Lernen der Kinder und die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns ein. NRW-Familienminister Armin Laschet (CDU) verteidigte die Landesregierung. Sie baue konsequent die Ganztagsschulen und die Unter-Dreijährigen-Betreuung aus. Kommentar Seite 2

Quelle Westdeutsche Allgemeine WAZ vom 19.08.2009
Seite 2
Ressort Mantel Politik
Quellrubrik WAZ Datteln-Ostvest
Web-Link http://www.waz-mediengruppe.de
Autor Angelika Wölk
Urheberinfo Westdeutsche Allgemeine Zeitungsverlagsgesellschaft E. Brost & J. Funke GmbH u. Co. KG

Beschämend

Jedes vierte Kind ist arm

Angelika Wölk

K

inder sind unsere Zukunft. Ein schöner Satz. Aber wie sieht eigentlich die Zukunft von sieben- achtjährigen Kindern aus, die in Armut aufwachsen? Kinderarmut hat so viele Gesichter, und jedes einzelne davon müsste Eltern, Nachbarn, Verwandte, Lehrer und vor allem Politiker beschämen.

Viele dieser Kinder kommen ohne Frühstück in die Schule, bekommen kein Geld für Ausflüge, werden schief angesehen, weil die Jeans nicht so schick ist. Sie schaffen selten den Absprung in eine weiterführende Schule. Und wenn sie die Hauptschule verlassen, schreiben sie - oftmals erfolglos - dutzende Bewerbungen für einen Ausbildungsplatz. Kinderarmut bedeutet, früh stigmatisiert zu sein. Es sind tiefe Wunden, die noch lange schmerzen.

Geld allein wird nicht helfen, Kinderarmut zu beseitigen. Liebe, Fürsorge - das lässt sich nicht erkaufen. Aber mit Investitionen in mehr Kitas, mehr Lehrerstellen, mehr gute Ganztagsbetreuung; mit gezielten Erziehungshilfen kann man die Voraussetzungen dafür verbessern, dass auch arme Kinder endlich mehr Chancen erhalten.

Kinderarmut hat so viele Gesichter - die Hilfen für arme, für überlastete Familien sollten das auch haben.

© PMG Presse-Monitor GmbH

Quelle	Westfalenpost vom 19.08.2009
Seite	1
Ausgabe	WP Zeitung für Lennestadt und Kirchhundem
Ressort	Lokales Fenster
Quellrubrik	WP Lennestadt/Kirchhundem
Web-Link	http://www.waz-mediengruppe.de
Autor	Von Wilfried Goebels
Urheberinfo	Westdeutsche Allgemeine Zeitungsverlagsgesellschaft E. Brost & J. Funke GmbH u. Co. KG

WESTFALENPOST

30 000 Kinder müssen pro Jahr ins Heim
Bündnis fordert mehr Vorsorge

Von Wilfried Goebels

Düsseldorf.

Die wachsende Kinderarmut zerstört zunehmend den Zusammenhalt der Gesellschaft. Ein Sozialbündnis gegen Kinderarmut fordert mehr Vorsorge statt "Reparatur". Jährlich werden in NRW rund 30 000 Kinder in Erziehungsheime eingewiesen, weil deren Familien im Alltag überfordert sind.

Der Vorsitzende der Awo-NRW, Gunder Heimlich, rechnet vor, dass NRW jährlich rund 1,2 Milliarden Euro für die Krisenbekämpfung in der Kinder- und Jugendhilfe aufwendet. Fast 800 000 Kinder müssten in Armut aufwachsen, seien höheren Krankheitsrisiken ausgesetzt und im Bildungssystem benachteiligt. Awo, Kinderschutzbund, GEW, Paritätischer Wohlfahrtsverband und DGB fordern eine lückenlose Vorsorgekette von der Geburt bis zum Ende der Ausbildung. "Die Bekämpfung der Kinderarmut bleibt Stückwerk", mahnt DGB-Landeschef Guntram Schneider. Verantwortung werde oft hin- und hergeschoben. NRW brauche endlich eine besser zwischen Bund, Land und Kommunen abgestimmte Vorsorge-Politik für Kinder. "Armut ist vererbbar - einmal arm, immer arm", sagte Schneider. "Was früh versäumt wird, müssen wir später bei Transferleistungen zahlen."

Das Bündnis fordert einen Rechtsanspruch auf 502 Euro Grundsicherung pro Monat und Kind. Außerdem sei eine kostenlose Bildung und Gesundheitsversorgung überfällig. Finanziert werden soll das Zehn-Milliarden-Programm etwa durch den Wegfall des Ehegatten-Splittings bei Steuern.

Bericht / Kommentar S. 2

© PMG Presse-Monitor GmbH

Quelle General-Anzeiger vom 19.08.2009
Seite 5
Ausgabe Bonner Stadtanzeiger
Ressort Politik
Quellrubrik Bonn

General-Anzeiger

500 Euro pro Kind und Monat

Bündnis in NRW fordert Gesetze gegen Armut. Kritik an Landesregierung

DÜSSELDORF. Ein nordrhein-westfälisches Bündnis gegen Kinderarmut fordert einen Rechtsanspruch auf rund 500 Euro Grundsicherung pro Kind und Monat. Außerdem verlangen die beteiligten Wohlfahrtsverbände, der Deutsche Kinderschutzbund und Gewerkschaften kostenlose Bildung und Gesundheitsversorgung für Minderjährige. Die Initiatoren warfen der Landesregierung gestern vor, nichts Wesentliches gegen die Spaltung der Gesellschaft in Arm und Reich zu unternehmen. Dabei sei jedes vierte Kind in NRW arm, sagte der Landesvorsitzende der Arbeiterwohlfahrt, Gunder Heimlich. Dies sei nicht mit "Almosen" und Ehrenämtern zu bekämpfen.

Eine entscheidende Rolle bei der Zementierung sozialer Ungerechtigkeiten spiele das selektive Schulsystem, bekräftigte der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbunds in NRW, Guntram Schneider. "Dadurch wird Armut vererbt." Um gerechte Bildungschancen zu schaffen, müssten Kinder länger gemeinsam lernen und besser gefördert werden. Bildung müsse von der Krippe bis zur Weiterbildung kostenlos sein - inklusive Lernmittel. Außerdem dürfe kein Schüler ohne berufsqualifizierenden Abschluss aus der Schule entlassen werden, heißt es in dem Memorandum. Gefordert wird zudem eine Kinderkomponente beim Wohngeld.

Die von den Initiatoren vorgeschlagenen 500 Euro Existenzsicherung für Kinder sollen bis zum 27. Lebensjahr gewährt werden, soweit der Empfänger noch in Ausbildung sei, erläuterte der Landesvorsitzende des Kinderschutzbunds, Dieter Greese. In dieser zu versteuernden Summe sollten alle bisherigen Leistungen, wie Kindergeld und erzieherische Hilfen gebündelt werden. Dadurch seien für die öffentliche Hand letztlich sogar Einsparungen möglich, weil dann nicht mehr soviel Geld in soziale "Reparaturmaßnahmen" fließen müsse, sagte Greese. Bislang gebe NRW jährlich rund 1,2 Milliarden Euro für die Krisenintervention in der Kinder- und Jugendhilfe aus.

Dringenden Handlungsbedarf sieht das Bündnis außerdem in den Kindergärten. Es könne nicht sein, dass arme Kommunen von der Kommunalaufsicht gezwungen würden, Elternbeiträge für Kindergärten zu erheben, während die Eltern in reichen Städten, wie Düsseldorf, nichts bezahlen müssten, kritisierte Schneider. Aus Sicht des Kinderschutzbunds wäre vor allem ein beitragsfreies erstes Kindergartenjahr wichtig, um alle Eingangshürden zu beseitigen. Vor allem im Wettbewerb um die wenigen Krippenplätze gingen arme Eltern leer aus, kritisierte Greese. dpa

Quelle WZ Westdeutsche Zeitung vom 19.08.2009
Seite 1
Ausgabe Gesamtausgabe | Mantelteil | Sport
Jahrgang 2009
Quellrubrik P-N5
Seitentitel GES
Autor Von Frank Uferkamp
Urheberinfo © Westdeutsche Zeitung

WESTDEUTSCHE ZEITUNG

Sozialverbände: 502 Euro Grundsicherung pro Kind

soziales

Ein breites Bündnis fordert die Politik auf, mit der Bekämpfung von Kinderarmut Ernst zu machen.

Von Frank Uferkamp

Düsseldorf. Ein Bündnis von Sozialverbänden - von der Arbeiterwohlfahrt (Awo) über den Paritätischen Wohlfahrtsverband bis zum Kinderschutzbund - und der Deutsche Gewerkschaftsbund in NRW fordern eine Grundsicherung für Kinder. "Sie muss 502 Euro im Monat betragen", sagte Gunder Heimlich von der NRW-Awo. Das Bündnis hält die Grundsicherung für notwendig, weil aktuell in NRW jedes vierte Kind in einer armen Familie lebe und die bisherigen Instrumente versagt hätten, wie Heimlich und Dieter Greese vom NRW-Kinderschutzbund sagten. Die Schere zwischen Arm und Reich klaffe immer weiter auseinander. "Armut vererbt sich von Generation zu Generation", sagte Greese.

"Von den 502 Euro sollen 180 Euro für die Bildungsausgaben reserviert sein. Das Kindergeld wird dabei verrechnet", so Greese. Das Geld soll unabhängig vom Einkommen der Eltern bezahlt, aber voll versteuert werden. Nach den Vorstellungen des Bündnisses sollen Kinder bis zum 27. Lebensjahr anspruchsberechtigt sein.

DGB-Landeschef Guntram Schneider flankierte die Forderungen mit scharfer Kritik an der schwarz-gelben Landesregierung. Mit ihrem Festhalten am dreigliedrigen Schulsystem und ihrem Widerstand gegen einen flächendeckenden Mindestlohn trage sie zum Auseinanderklaffen der Gesellschaft bei.

Unterstützung erhielt das Bündnis aus der Opposition. "Die Landesregeriung verschärf das Problem, indem sie Unterschiede zwischen armen und reichen Kommunen schafft", sagte SPD-Fraktionsvize Britta Altenkamp. "CDU und FDP verweigern sich einer Lösung", sagte Britta Steffens von den Grünen.

» Kommentar S. 2

Ist eine Grundsicherung für Kinder von 502 Euro im Monat sinnvoll?

www.wz-newsline.de www.solinger-tageblatt.de www.rga-online.de

Quelle Recklinghäuser Zeitung vom 19.08.2009
Seite 1
Ausgabe Recklinghausen | Hauptausgabe
Ressort Politik
Urheberinfo ©Verlag J. Bauer KG

Recklinghäuser Zeitung

Fast 800 000 Kinder leben in Armut

NRW-Bündnis will mehr Vorsorge

Düsseldorf. (goe) Die wachsende Kinderarmut zerstört den Zusammenhalt der Gesellschaft. Ein Sozialbündnis fordert jetzt mehr Vorsorge statt "Reparatur".

Der AWo-Vorsitzende Gunder Heimlich rechnet vor, dass NRW jährlich rund 1,2 Milliarden Euro für die Krisenbekämpfung in der Kinder- und Jugendhilfe aufwendet. Fast 800 000 Kinder müssten in Armut aufwachsen, seien höheren Krankheitsrisiken ausgesetzt und im Bildungssystem benachteiligt. AWo, Kinderschutzbund, GEW, Wohlfahrtsverband und DGB fordern eine lückenlose Vorsorgekette von der Geburt bis zum Ende der Ausbildung.

"Die Bekämpfung der Kinderarmut bleibt Stückwerk", mahnt DGB-Landeschef Guntram Schneider. NRW brauche endlich eine besser zwischen Bund, Land und Kommunen abgestimmte Vorsorge-Politik für Kinder. "Armut ist vererbbar - einmal arm, immer arm", sagte Schneider. "Was früh versäumt wird, müssen wir später bei Transferleistungen zahlen."

Das Bündnis fordert einen Rechtsanspruch auf 502 Euro Grundsicherung pro Monat und Kind. Außerdem sei eine kostenlose Bildung und Gesundheitsversorgung überfällig. Finanziert werden soll das Zehn-Milliarden-Programm etwa durch den Wegfall des Ehegatten-Splittings.

Ein Problem ist die wachsende Erziehungsbedürftigkeit von Kindern. Allein von 2006 auf 2007 stieg die Zahl der Unterbringungen in Erziehungsheimen um 17 Prozent auf 28 700 Fälle an. Die Kommunen mussten bundesweit 5,5 Milliarden Euro für erzieherische Hilfen aufwenden. Kommentar, Seite 2

Quelle Westfalenpost vom 19.08.2009
Seite 2
Ressort Mantel Politik
Quellrubrik WP Hagen-Postausgabe
Web-Link http://www.waz-mediengruppe.de
Autor Von Wilfried Goebels
Urheberinfo Westdeutsche Allgemeine Zeitungsverlagsgesellschaft E. Brost & J. Funke GmbH u. Co. KG

WESTFALENPOST

Reparaturbetrieb

Mehr Vorbeugung in der Kinderhilfe nötig

Von Wilfried Goebels

Ein kluger Autofahrer bringt sein Fahrzeug regelmäßig zur Inspektion. Das spart später teure Reparaturen. Was für das Auto gilt, muss für unsere Kinder erst recht Maßstab sein. Prävention ist sinnvoller als verspätete Krisenintervention. Noch gleicht die Kinder- und Jugendhilfe aber eher einem Reparaturbetrieb.

Immer mehr Familien sind überfordert. Die Vision von der heilen Familie ist häufig längst nicht mehr als eine Illusion. Der Alltag vieler Kinder ist geprägt von Armut - finanzieller wie sozialer Armut. Risikofamilien müssen von der Geburt der Kinder bis zum Eintritt ins Berufsleben in einer Vorsorgekette betreut werden. Der Staat als Hilfserzieher ist kein schöner Gedanke, aber häufig alternativlos.

Wer den Teufelskreis durchbrechen will, muss bei Bildung und Betreuung ansetzen. Sprachförderung in der Kita, neue Familienzentren und die Ganztagsbetreuung in Schulen erhöhen Chancen von Kindern aus sozial schwachen Familien. Der Haken: Reformen brauchen Zeit, bevor sie Wirkung entfalten. Die zunehmende Einweisung von Kindern in Erziehungsheime aber zwingt zu schnellem Handeln.

Die Bündnis-Forderung nach einer Grundsicherung von 502 Euro im Monat pro Kind zielt in die falsche Richtung. Besser als direkte finanzielle Hilfen sind ein kostenfreies Bildungssystem und die bessere Förderung Benachteiligter in ganztägigen Betreuungseinrichtungen. Andernfalls wird soziale Ungleichheit zementiert.

Der DGB rückt die Kinderarmut in Zusammenhang mit der wachsenden Zahl der Niedriglöhner. Ein politisches Reizthema ersten Ranges. Das entbindet die Politik nicht, die Folgen der Minijobs zu prüfen.

Quelle Westfälischer Anzeiger vom 19.08.2009
Seite 2
Ressort Politik und Kommentar
Urheberinfo © Funkinform GmbH

Westfälischer Anzeiger

500 Euro pro Monat für jedes Kind

Sozialbündnis greift Landesregierung an und fordert bedingungslose Grundsicherung

Von Martin Teigeler

DÜSSELDORF Angesichts von 800 000 armen Kindern und Jugendlichen in NRW hat ein Bündnis von Sozialverbänden der Landesregierung schwere Versäumnisse vorgeworfen. Gemeinsam forderten die Arbeiterwohlfahrt, der DGB, der Paritätische Wohlfahrtsverband und der Kinderschutzbund gestern ein beitragsfreies Bildungssystem und eine bedingungslose Grundsicherung von 500 Euro pro Monat und Kind.

"Es ist nicht hinzunehmen, dass in NRW nur 85 Prozent aller anspruchsberechtigten Kinder einen Kindergarten besuchen", sagte der Landesvorsitzende des Kinderschutzbundes, Dieter Greese. NRW bilde beim Ausbau der Kita-Plätze für unter Dreijährige mit Niedersachsen bundesweit das Schlusslicht. Die CDU/FDP-Landesregierung habe kein schlüssiges Konzept zur Armutsbekämpfung.

"Die Landesregierung unternimmt nichts, um die Chancengleichheit von Kindern und Jugendlichen in NRW zu verbessern", rügte der Landeschef der Arbeiterwohlfahrt, Gunder Heimlich. Mit ihrem Runden Tisch zur Kinderarmut begnüge sich die Regierung mit der Rolle des Moderators. Die Politik müsse aktiver werden, um die "soziale Isolation" von Kindern zu bekämpfen.

In einem Memorandum sprachen sich die Organisationen zudem für eine Anhebung des Wohngelds für Familien mit Kindern aus. Nötig sei auch eine besondere Förderung von Kindern und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien. Das Schulsystem müsse dem Nachwuchs mehr Bildungschancen und mehr Ganztagsbetreuung bieten.

Die Vorschläge etwa für eine Grundsicherung würden nach Angaben der Bündnispartner zunächst mindestens zehn Milliarden Euro kosten. Präventive Ausgaben für mehr Bildung könnten dem Staat aber mittelfristig Kosteneinsparungen bei der Sozial- und Jugendhilfe bringen. Im Jahr 2007 hatte allein das Land NRW rund 1,2 Milliarden Euro für die Krisenintervention bei Kindern ausgegeben. 28 700 Kinder aus verarmten Familien wurden in Heime eingewiesen.

DGB-Landeschef Guntram Schneider kündigte an, das Bündnis werde die schwarz-gelbe Landesregierung bis zur Landtagswahl am 9. Mai 2010 beim Thema Kinderarmut in die Pflicht nehmen. Er kritisierte die Schulempfehlungen für arme Kinder, die zumeist nach der Grundschule in die Hauptschule geschickt würden, als "Form des Klassenkampfes". ddp

Haltener Zeitung.de, Ruhrnachrichten, Münstersche Zeitung, Dorstener Zeitung, 18.08.09

Sozialbündnis attackiert Landesregierung

800 000 Kinder sind arm

DÜSSELDORF Angesichts von knapp 800 000 armen Kindern und Jugendlichen in Nordrhein-Westfalen hat ein Bündnis von Sozialverbänden der Landesregierung schwere Versäumnisse vorgeworfen. Gemeinsam forderten die Arbeiterwohlfahrt, der DGB, der Paritätische Wohlfahrtsverband und der Kinderschutzbund am Dienstag in Düsseldorf ein beitragsfreies Bildungssystem und eine bedingungslose Grundsicherung von rund 500 Euro pro Monat und Kind.

„Es ist nicht hinzunehmen, dass in NRW nur 85 Prozent aller anspruchsberechtigten Kinder einen Kindergarten besuchen“, sagte der Landesvorsitzende des Kinderschutzbundes, Dieter Greese. Nordrhein-Westfalen bilde beim Ausbau der Kita-Plätze für unter Dreijährige mit Niedersachsen bundesweit das Schlusslicht. Die CDU/FDP-Landesregierung habe kein schlüssiges Gesamtkonzept zur Armutsbekämpfung.

„Die Landesregierung unternimmt nichts, um die Chancengleichheit von Kindern und Jugendlichen in NRW zu verbessern“, rügte der Landeschef der Arbeiterwohlfahrt, Gunder Heimlich. Mit ihrem Runden Tisch zur Kinderarmut begnüge sich die Regierung mit der Rolle des Moderators. Die Politik müsse

aktiver werden, um die „soziale Isolation“ von Kindern zu bekämpfen. In einem Memorandum sprachen sich die Organisationen zudem für eine Anhebung des Wohngelds für Familien mit Kindern aus. Nötig sei auch eine besondere Förderung von Kindern und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien. Das Schulsystem müsse dem Nachwuchs mehr Bildungschancen und mehr Ganztagsbetreuung bieten. Mittelfristige Kosteneinsparungen

Die Vorschläge etwa für eine Grundsicherung würden nach Angaben der Bündnispartner zunächst mindestens zehn Milliarden Euro kosten. Präventive Ausgaben für mehr Bildung könnten dem Staat aber mittelfristig Kosteneinsparungen bei der Sozial- und Jugendhilfe bringen. Im Jahr 2007 hatte allein das Land

NRW rund 1,2 Milliarden Euro für die Krisenintervention bei Kindern ausgegeben. 28 700 Kinder aus verarmten Familien wurden in Heime eingewiesen. DGB-Landeschef Guntram Schneider kündigte an, das Bündnis werde die schwarz-gelbe Landesregierung bis zur Landtagswahl am 9. Mai 2010 beim Thema Kinderarmut in die Pflicht nehmen.

"Schulsystem zementiert Ungleichheit"

Er kritisierte die Schulempfehlungen für arme Kinder, die zumeist nach der Grundschule in die Hauptschule geschickt würden, als „Form des Klassenkampfes". Mit dem gegliederten Schulsystem in NRW werde soziale Ungleichheit „zementiert", rügte Schneider. Die CDU-Familienpolitikerin Marie-Theres Kastner betonte in einer Reaktion, Armut sei ein ernstes Thema. Ministerpräsident Jürgen Rüttgers (CDU), die Landesregierung und die sie tragenden Parteien ließen „sich nicht überbieten in ihrem Kampf gegen die Kinderarmut", sagte die Landtagsabgeordnete. „Worauf es jetzt ankommt, ist, Arbeitsplätze zu sichern, die Bildungschancen zu verbessern und konkret zu helfen", ergänzte sie.

Kölnische Rundschau 18.08.09

Kinderarmut
NRW-Bündnis will mehr Vorsorge

Von Wilfried Goebels,

Ein Sozialbündnis fordert mehr Vorsorge gegen Kinderarmut. Fast 800 000 Kinder in NRW müssten in Armut aufwachsen, seien höheren Krankheitsrisiken ausgesetzt und im Bildungssystem benachteiligt, so ein Experte.

DÜSSELDORF - Die wachsende Kinderarmut zerstört zunehmend den Zusammenhalt der Gesellschaft. Ein Sozialbündnis gegen Kinderarmut fordert mehr Vorsorge statt „Reparatur". Insgesamt werden jährlich rund 30 000 Kinder in Erziehungsheime eingewiesen, weil deren Familien im Alltag überfordert sind. Der Vorsitzende der Awo-NRW, Gunder Heimlich, rechnet vor, dass NRW jährlich rund 1,2 Milliarden Euro für Krisenbekämpfung in der Kinder- und Jugendhilfe aufwendet. Fast 800 000 Kinder müssten in Armut aufwachsen, seien höheren Krankheitsrisiken ausgesetzt und im Bildungssystem benachteiligt.

Awo, Kinderschutzbund, GEW, Paritätischer Wohlfahrtsverband und DGB fordern deswegen eine lückenlose Vorsorgekette von der Geburt bis zum Ende der Ausbildung. So verlangt der NRW-Vorsitzende des Kinderschutzbundes, Dieter Greese, ein kostenloses erstes Kindergartenjahr.

DGB-Landeschef Guntram Schneider sagte: „Die Bekämpfung der Kinderarmut bleibt Stückwerk." NRW brauche endlich eine besser zwischen Bund, Land und Kommunen abgestimmte Vorsorge-Politik für Kinder. „Armut ist vererbbar - einmal arm, immer arm", sagte Schneider. „Was früh versäumt wird, müssen wir später bei Transferleistungen zahlen."

Das Bündnis fordert einen Rechtsanspruch auf 502 Euro Grundsicherung pro Monat und Kind. Außerdem sei eine kostenlose Bildung und Gesundheitsversorgung überfällig. Finanziert werden soll das Zehn-Milliarden-Programm etwa durch Wegfall des Ehegatten-Splittings.

„Wir müssen nicht die Folgen der Kinderarmut bekämpfen, sondern die Kinderarmut selbst", drängte DGB-Chef Schneider. In NRW lebe bereits jeder fünfte abhängig Beschäftigte - einschließlich Teilzeit und Minijobs - im Niedriglohnbereich, klagte Schneider. Damit werde der Minilohn zu einer Hauptursache für Kinderarmut.

Späteres Eingreifen überflüssig machen

In ihrem Zehn-Punkte-Programm spricht sich das Sozialbündnis für ein Umsteuern in der Kinderpolitik aus. Bisher gebe es fast keine Rechtsansprüche auf vorsorgende Förderung von Kindern und Jugendliche, die eine spätere Krisenintervention überflüssig mache, sagte Awo-NRW-Chef Heimlich.

In NRW betrage das Armutsrisiko für Kinder von Alleinerziehenden 42 Prozent, für Familien mit mindestens vier Kindern 59 Prozent und für Kinder aus Migrantenfamilien 41 Prozent. Dramatisch wird es bei Kindern mit zwei nicht-erwerbstätigen Eltern: 83 Prozent Armutsrisiko.

Ein Problem ist die wachsende Erziehungsbedürftigkeit von Kindern. Allein von 2006 auf 2007 stieg die Zahl der Unterbringungen in Erziehungsheimen laut Kinderschutzbund um 17 Prozent auf 28 700 Fälle. Kommunen mussten bundesweit 5,5 Milliarden Euro für erzieherische Hilfen aufwenden. Die Masse der Erziehungshilfen richtet sich an 8- bis 16-Jährige.

Emsdettener Volkszeitung, Münsterland Zeitung, Grevener Zeitung, 18.08.09

Sozialbündnis attackiert Landesregierung

800 000 Kinder sind arm

DÜSSELDORF Angesichts von knapp 800 000 armen Kindern und Jugendlichen in Nordrhein-Westfalen hat ein Bündnis von Sozialverbänden der Landesregierung schwere Versäumnisse vorgeworfen. Gemeinsam forderten die Arbeiterwohlfahrt, der DGB, der Paritätische Wohlfahrtsverband und der Kinderschutzbund am Dienstag in Düsseldorf ein beitragsfreies Bildungssystem und eine bedingungslose Grundsicherung von rund 500 Euro pro Monat und Kind.

„Es ist nicht hinzunehmen, dass in NRW nur 85 Prozent aller anspruchsberechtigten Kinder einen Kindergarten besuchen“, sagte der Landesvorsitzende des Kinderschutzbundes, Dieter Greese. Nordrhein-Westfalen bilde beim Ausbau der Kita-Plätze für unter Dreijährige mit Niedersachsen bundesweit das Schlusslicht. Die CDU/FDP-Landesregierung habe kein schlüssiges Gesamtkonzept zur Armutsbekämpfung. Die Landesregierung unternimmt nichts, um die Chancengleichheit von Kindern und Jugendlichen in NRW zu verbessern“, rügte der Landeschef der Arbeiterwohlfahrt, Gunder Heimlich. Mit ihrem Runden Tisch zur Kinderarmut begnüge sich die Regierung mit der Rolle des Moderators. Die Politik müsse aktiver werden, um die „soziale Isolation“ von Kindern zu bekämpfen. In einem Memorandum sprachen sich die Organisationen zudem für eine Anhebung des Wohngelds für Familien mit Kindern aus. Nötig sei auch eine besondere Förderung von Kindern und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien. Das Schulsystem müsse dem Nachwuchs mehr Bildungschancen und mehr Ganztagsbetreuung bieten.

Mittelfristige Kosteneinsparungen

Die Vorschläge etwa für eine Grundsicherung würden nach Angaben der Bündnispartner zunächst mindestens zehn Milliarden Euro kosten. Präventive Ausgaben für mehr Bildung könnten dem Staat aber mittelfristig Kosteneinsparungen bei der Sozial- und Jugendhilfe bringen. Im Jahr 2007 hatte allein das Land NRW rund 1,2 Milliarden Euro für die Krisenintervention bei Kindern ausgegeben. 28 700 Kinder aus verarmten Familien wurden in Heime eingewiesen. DGB-Landeschef Guntram Schneider kündigte an, das Bündnis werde die schwarz-gelbe Landesregierung bis zur Landtagswahl am 9. Mai 2010 beim Thema Kinderarmut in die Pflicht nehmen.

"Schulsystem zementiert Ungleichheit"

Er kritisierte die Schulempfehlungen für arme Kinder, die zumeist nach der Grundschule in die Hauptschule geschickt würden, als „Form des Klassenkampfes“. Mit dem gegliederten Schulsystem in NRW werde soziale Ungleichheit „zementiert“, rügte Schneider. Die CDU-Familienpolitikerin Marie-Theres Kastner betonte in einer Reaktion, Armut sei ein ernstes Thema. Ministerpräsident Jürgen Rüttgers (CDU), die Landesregierung und die sie tragenden Parteien ließen „sich nicht überbieten in ihrem Kampf gegen die Kinderarmut“, sagte die Landtagsabgeordnete. „Worauf es jetzt ankommt, ist, Arbeitsplätze zu sichern, die Bildungschancen zu verbessern und konkret zu helfen“, ergänzte sie

Derwesten.de, 19.08.09

Sozialverbände
Aktionsprogramm gegen Kinderarmut gefordert

Von Norbert Robers

Düsseldorf. Vor zwei Jahren schlug der Sozialbericht NRW hohe Wellen mit der Erkenntnis: Jedes vierte Kind wächst in Armut auf. Geändert hat sich seither wenig, mahnen jetzt Kinderschutzbund, Wohlfahrtsverbände und der DGB - und fordern ein Aktionsprogramm.

Der „Sozialbericht NRW” aus dem Jahr 2007 machte vor allem eines deutlich: Kinderarmut ist an Rhein und Ruhr ein gravierendes Problem – jedes vierte Kind gilt als Not leidend. Zwei Jahre später klagen der Kinderschutzbund, die Arbeiterwohlfahrt und der nordrhein-westfälische Gewerkschaftsbund an: Die Lage hat sich nicht verbessert. Im Gegenteil: Es gebe allenfalls „Ansätze” im Kampf gegen Kinderarmut. Die Landesregierung beschränke sich auf eine „moderierende Rolle” und unternehme nichts gegen die Chancen-Ungleichheit. „So wird die soziale Spaltung verfestigt”, betont Awo-Landeschef Gunder Heimlich.

Die drei Organisation gehen deshalb in die Offensive. In ihrem „Memorandum Kinderarmut” stellen sie ein Zehn-Punkte-Programm auf. Die wichtigsten Forderungen lauten: 1. ein bundesweit geltendes Bildungs-, Sozialstaats- und Finanzierungskonzept. 2. eine Grundsicherung für jedes Kind in Höhe von 502 Euro 3. ein kostenfreier Zugang für alle Kinder zu allen Bildungs-, Erziehungs- und Betreuungs-einrichtungen 4. die Sicherung einer durchgängigen medizinischen Versorgung unabhängig vom Mitwirken der Eltern. Das

Konzept fuße vor allem auf der Idee von „frühzeitiger Prävention", unterstrich der NRW-Kinderschutz-Vorsitzende Dieter Greese. Nur so könne die Gesellschaft von den Kosten „spät einsetzender Reparaturmaßnahmen" entlastet werden.

Der Düsseldorfer DGB-Chef Guntram Schneider verband das Memorandum mit der Forderung nach längerem gemeinsamem Lernen der Kinder und der Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns. Die Hauptursachen für Familien in Armut sei das „dramatische Anwachsen des Niedriglohnbereichs" und die hohe Arbeitslosigkeit. Häufige Folge: Die Armut werde von Generation zu Generation weitervererbt.

NRW-Familienminister Armin Laschet (CDU) verteidigte die Landesregierung. Kinderarmut sei vor allem das Ergebnis von Bildungsarmut – deshalb verfolge die Koalition konsequent den Ausbau der Ganztagsschulen, der Unter-Dreijährigen-Betreuung und der Familienzentren. Die Erhöhung von Barleistungen seien dagegen der „falsche Weg".

WAZ, 18.08.09

NRW-Sozialbericht

Verbände beklagen anhaltende Kinderarmut

Von Norbert Robers

Düsseldorf. Der NRW-Sozialbericht sieht kaum eine Linderung der Kinderarmut an Rhein und Ruhr. Die Landesregierung weist Vorwürfe zurück und stellt ihre Initiativen im Schul- und Vorschulbereich heraus.

Der „Sozialbericht NRW" aus dem Jahr 2007 machte vor allem eines deutlich: Kinderarmut ist ein gravierendes Problem – jedes vierte Kind gilt als arm. Zwei Jahre später klagen der Kinderschutzbund, die Arbeiterwohlfahrt und der NRW-DGB an: Die Lage hat sich nicht verbessert. Im Gegenteil: Es gebe allenfalls „Ansätze" im Kampf gegen Kinderarmut. Die Landesregierung beschränke sich auf eine „moderierende Rolle" und unternehme nichts gegen die Chancen-Ungleichheit. „So wird die soziale Spaltung verfestigt", betont Awo-Landeschef Gunder Heimlich.

Die drei Organisationen gehen deshalb in die Offensive. In ihrem „Memorandum Kinderarmut" stellen sie ein Zehn-Punkte-Programm auf. Gefordert wird unter anderem ein bundesweit geltendes Bildungs-, Sozialstaats- und Finanzierungskonzept und ein Gratiszugang für alle Kinder zu Bildungs-, Erziehungs- und Betreuungseinrichtungen.

NRW-DGB-Chef Guntram Schneider trat ferner für ein längeres gemeinsames Lernen der Kinder und die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns ein. NRW-Familienminister Armin Laschet (CDU) verteidigte die Landesregierung. Sie baue konsequent die Ganztagsschulen und die Unter-Dreijährigen-Betreuung aus.

Derwesten.de, 18.08.09

Sozialverbände

800.000 Kinder und Jugendliche in NRW sind arm

Düsseldorf. Die Sozialverbände schlagen Alarm: In NRW sind 800.000 Kinder arm. Die Landesregierung habe bislang kein schlüssiges Konzept zur Armutsbekämpfung vorgelegt. Die Verbände fordern eine bedingungslose Grundsicherung von 502 Euro pro Monat und Kind.

Angesichts von knapp 800 000 armen Kindern und Jugendlichen in Nordrhein-Westfalen hat ein Bündnis von Sozialverbänden der Landesregierung schwere Versäumnisse vorgeworfen. Gemeinsam forderten die Arbeiterwohlfahrt, der DGB, der Paritätische Wohlfahrtsverband und der Kinderschutzbund am Dienstag in Düsseldorf ein beitragsfreies Bildungssystem und eine bedingungslose Grundsicherung von rund 500 Euro pro Monat und Kind.

«Es ist nicht hinzunehmen, dass in NRW nur 85 Prozent aller anspruchsberechtigten Kinder einen Kindergarten besuchen», sagte der Landesvorsitzende des Kinderschutzbundes, Dieter Greese. Nordrhein-Westfalen bilde beim Ausbau der Kita-Plätze für unter Dreijährige mit Niedersachsen bundesweit das Schlusslicht. Die CDU/FDP-Landesregierung habe kein schlüssiges Gesamtkonzept zur Armutsbekämpfung.

«Die Landesregierung unternimmt nichts, um die Chancengleichheit von Kindern und Jugendlichen in NRW zu verbessern», rügte der Landeschef der Arbeiterwohlfahrt, Gunder Heimlich. Mit ihrem Runden Tisch zur Kinderarmut begnüge sich die Regierung mit der Rolle des Moderators. Die Politik müsse aktiver werden, um die «soziale Isolation» von Kindern zu bekämpfen.

Mehr Ganztagsbetreuung gefordert

In einem Memorandum sprachen sich die Organisationen zudem für eine Anhebung des Wohngelds für Familien mit Kindern aus. Nötig sei auch eine besondere Förderung von Kindern und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien. Das Schulsystem müsse dem Nachwuchs mehr Bildungschancen und mehr Ganztagsbetreuung bieten.

Die Vorschläge etwa für eine Grundsicherung würden nach Angaben der Bündnispartner zunächst mindestens zehn Milliarden Euro kosten. Präventive Ausgaben für mehr Bildung könnten dem Staat aber mittelfristig Kosteneinsparungen bei der Sozial- und Jugendhilfe bringen. Im Jahr 2007 hatte allein das Land NRW rund 1,2 Milliarden Euro für die Krisenintervention bei Kindern ausgegeben. 28 700 Kinder aus verarmten Familien wurden in Heime eingewiesen.

DGB-Chef Schneider: Schulempfehlung für arme Kinder ist "Form des Klassenkampfes"

DGB-Landeschef Guntram Schneider kündigte an, das Bündnis werde die schwarz-gelbe Landesregierung bis zur Landtagswahl am 9. Mai 2010 beim Thema Kinderarmut in die Pflicht nehmen. Er kritisierte die Schulempfehlungen für arme Kinder, die zumeist nach der Grundschule in die Hauptschule geschickt würden, als «Form des Klassenkampfes». Mit dem gegliederten Schulsystem in NRW werde soziale Ungleichheit «zementiert», rügte Schneider.

Die CDU-Familienpolitikerin Marie-Theres Kastner betonte in einer Reaktion, Armut sei ein ernstes Thema. Ministerpräsident Jürgen Rüttgers (CDU), die Landesregierung und die sie tragenden Parteien ließen «sich nicht überbieten in ihrem Kampf gegen die Kinderarmut», sagte die Landtagsabgeordnete. «Worauf es jetzt ankommt, ist, Arbeitsplätze zu sichern, die Bildungschancen zu verbessern und konkret zu helfen», ergänzte sie. (ddp)

Ksta.de, 18.08.09

Bündnis

Gesetz gegen Kinderarmut gefordert

Ein NRW-Bündnis gegen Kinderarmut fordert einen Rechtsanspruch auf rund 500 Euro Grundsicherung pro Kind und Monat. Außerdem verlangte es kostenlose Bildung und Gesundheitsversorgung für Minderjährige.

DÜSSELDORF - Die Initiatoren eines Bündnisse gegen Kinderarmut haben der Landesregierung am Dienstag in Düsseldorf vorgeworfen, nichts Wesentliches gegen die Spaltung der Gesellschaft in Arm und Reich zu unternehmen. Dabei sei jedes vierte Kind in NRW arm, sagte der Landesvorsitzende der Arbeiterwohlfahrt, Gunder Heimlich. Dies sei nicht mit "Almosen" und Ehrenämtern zu bekämpfen.

Eine entscheidende Rolle bei der Zementierung sozialer Ungerechtigkeiten spiele das selektive Schulsystem, bekräftigte der Vorsitzende der Deutschen Gewerkschaftsbunds in NRW, Guntram Schneider. "Dadurch wird Armut vererbt." Um gerechte Bildungschancen zu schaffen, müssten Kinder länger gemeinsam lernen und besser gefördert werden. Bildung müsse von der Krippe bis zur Weiterbildung kostenlos sein - inklusive Lernmittel. Außerdem dürfe kein Schüler ohne berufsqualifizierenden Abschluss aus der Schule entlassen werden, heißt es in dem Memorandum. Gefordert wird zudem eine Kinderkomponente beim Wohngeld.

Die von den Initiatoren vorgeschlagenen 500 Euro Existenzsicherung für Kinder sollen bis zum 27. Lebensjahr gewährt werden, soweit der Empfänger noch in Ausbildung sei, erläuterte der Landesvorsitzende des Kinderschutzbunds, Dieter Greese. In dieser zu versteuernden Summe sollten alle bisherigen Leistungen, wie Kindergeld und erzieherische Hilfen gebündelt werden.

Dadurch seien für die öffentliche Hand letztlich sogar Einsparungen möglich, weil dann nicht mehr soviel Geld in soziale "Reparaturmaßnahmen" fließen müsse, sagte Greese. Bislang gebe NRW jährlich rund 1,2 Milliarden Euro für die Krisenintervention in der Kinder- und Jugendhilfe aus.

Dringenden Handlungsbedarf sieht das Bündnis außerdem in den Kindergärten. Es könne nicht sein, dass arme Kommunen von der Kommunalaufsicht gezwungen würden, Elternbeiträge für Kindergärten zu erheben, während die Eltern in reichen Städten, wie Düsseldorf, nichts bezahlen müssten, kritisierte Schneider. "Hier ist die Landesregierung am Zug."

Aus Sicht des Kinderschutzbunds wäre vor allem ein beitragsfreies erstes Kindergartenjahr wichtig, um alle Eingangshürden zu beseitigen. Vor allem im Wettbewerb um die wenigen Krippenplätze gingen arme Eltern leer aus, kritisierte Greese.(dpa)

Aachener Nachrichten, 18.08.09

800.000 Kinder sind arm: Sozialbündnis greift Landesregierung an

Von Martin Teigeler, ddp

Düsseldorf. Angesichts von knapp 800.000 armen Kindern und Jugendlichen in Nordrhein-Westfalen hat ein Bündnis von Sozialverbänden der Landesregierung schwere Versäumnisse vorgeworfen.

Gemeinsam forderten die Arbeiterwohlfahrt, der DGB, der Paritätische Wohlfahrtsverband und der Kinderschutzbund am Dienstag in Düsseldorf ein beitragsfreies Bildungssystem und eine bedingungslose Grundsicherung von rund 500 Euro pro Monat und Kind.

«Es ist nicht hinzunehmen, dass in NRW nur 85 Prozent aller anspruchsberechtigten Kinder einen Kindergarten besuchen», sagte der Landesvorsitzende des Kinderschutzbundes, Dieter Greese. Nordrhein-Westfalen bilde beim Ausbau der Kita-Plätze für unter Dreijährige mit Niedersachsen bundesweit das Schlusslicht.

Die CDU/FDP-Landesregierung habe kein schlüssiges Gesamtkonzept zur Armutsbekämpfung. «Die Landesregierung unternimmt nichts, um die Chancengleichheit von Kindern und Jugendlichen in NRW zu verbessern», rügte der Landeschef der Arbeiterwohlfahrt, Gunder Heimlich. Mit ihrem Runden Tisch zur Kinderarmut begnüge sich die Regierung mit der Rolle des Moderators. Die Politik müsse aktiver werden, um die «soziale Isolation» von Kindern zu bekämpfen.

In einem Memorandum sprachen sich die Organisationen zudem für eine Anhebung des Wohngelds für Familien mit Kindern aus. Nötig sei auch eine besondere Förderung von Kindern und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien. Das Schulsystem müsse dem Nachwuchs mehr Bildungschancen und mehr Ganztagsbetreuung bieten.

Die Vorschläge etwa für eine Grundsicherung würden nach Angaben der Bündnispartner zunächst mindestens zehn Milliarden Euro kosten. Präventive Ausgaben für mehr Bildung könnten dem Staat aber mittelfristig Kosteneinsparungen bei der Sozial- und Jugendhilfe bringen. Im Jahr 2007 hatte allein das Land NRW rund 1,2 Milliarden Euro für die Krisenintervention bei Kindern ausgegeben. 28.700 Kinder aus verarmten Familien wurden in Heime eingewiesen.

DGB-Landeschef Guntram Schneider kündigte an, das Bündnis werde die schwarz-gelbe Landesregierung bis zur Landtagswahl am 9. Mai 2010 beim Thema Kinderarmut in die Pflicht nehmen. Er kritisierte die Schulempfehlungen für arme Kinder, die zumeist nach der Grundschule in die Hauptschule geschickt würden, als «Form des Klassenkampfes». Mit dem gegliederten Schulsystem in NRW werde soziale Ungleichheit «zementiert», rügte Schneider.

Die CDU-Familienpolitikerin Marie-Theres Kastner betonte in einer Reaktion, Armut sei ein ernstes Thema. Ministerpräsident Jürgen Rüttgers (CDU), die Landesregierung und die sie tragenden Parteien ließen «sich nicht überbieten in ihrem Kampf gegen die Kinderarmut», sagte die Landtagsabgeordnete. «Worauf es jetzt ankommt, ist, Arbeitsplätze zu sichern, die Bildungschancen zu verbessern und konkret zu helfen», ergänzte sie.

Westdeutsche Zeitung, 18.08.09

Tickende Zeitbombe Kinderarmut

Von Frank Uferkamp

Düsseldorf (ots) - Die Zahlen sind alarmierend, die Reaktionen leider immer noch Routine: Jedes vierte Kind in NRW wächst in Armut mitten in einer weiterhin reichen Gesellschaft auf - und die Politik unternimmt so gut wie nichts dagegen. In Berlin streitet sich die Große Koalition über alles mögliche, zum Beispiel über Dienstwagen, über Mondmissionen oder Abwrackprämien. Doch die Zukunft der Kinder stellen CDU und SPD selbst dann nicht ins Zentrum ihrer Überlegungen, wenn sie Deutschlandpläne wie im Fall Steinmeier oder Industrie-Konzepte wie im Fall Guttenberg vorstellen. Sozial- und Familienpolitik spielt so gut wie keine Rolle im Wahlkampf - ein Armutszeugnis für den verblassenden CDU-Star Ursula von der Leyen und die einstmalige SPD-Hoffnung Olaf Scholz.

Sehenden Auges wird in Kauf genommen, dass hunderttausende Kinder dauerhaft von einer gesellschaftlichen Entwicklung ausgeschlossen bleiben, die mehr denn je Bildung und kulturelle Teilhabe verlangt. Schon jetzt haben sich Strukturen herausgebildet, die sich bald zu einer lähmenden Belastung ausbilden könnten: Arm und Reich markieren nicht nur eine wirtschaftliche Trennlinie, sondern bedeuten immer häufiger eine Vorsortierung. Wer aus einer armen Familie kommt, hat im Jahr 2009 deutlich schlechtere Chancen, das Abitur zu machen als seine Altersgenossen aus Mittelstandsfamilien. Vor allem aber: Er hat eine wesentlich kleinere Aufstiegschance, als er sie noch vor 20 oder 30 Jahren gehabt hätte.

Dieses Problem ist natürlich auch den Parteien bekannt. Sie scheuen aber davor zurück, das Thema offensiv anzugehen. Die SPD ist an diesem Punkt durch die von ihr erfundenen Hartz-Gesetze sozialpolitisch blockiert, die CDU hält weniger vom staatlichen Eingriff als von den Selbstheilungskräften der Familien. Doch der Glaube an Letzteres muss schwinden angesichts der immer größeren Fliehkräfte in der Gesellschaft.

Der Vorschlag der NRW-Sozialverbände, 502 Euro Grundsicherung im Monat einzuführen, mag nicht in allen Punkten zu Ende gedacht sein - wer kontrolliert zum Beispiel, dass die Eltern das Geld nicht zweckentfremden? Aber er lenkt den Blick der Politik wieder dahin, wo der Handlungsbedarf besonders groß ist: nach ganz unten, zu den Kleinen.

Pressemeldungen

Pressestelle der SPD-Landtagsfraktion

Britta Altenkamp: Die Ursachen für Kinderarmut bekämpfen

Zum heute von der Arbeiterwohlfahrt, der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, dem Paritätischen Wohlfahrtsverband, dem Deutschen Gewerkschaftsbund und dem Kinderschutzbund vorgestellten „Memorandum Kinderarmut“ erklärte Britta Altenkamp, stellvertretende Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion: "Die Verbände haben heute zu Recht darauf hingewiesen, dass die Teilhabe aller Kinder in den Mittelpunkt der politischen Maßnahmen gehört, unabhängig davon, welches fachliche Ressort zuständig ist. Das Memorandum hat die komplette Lebens- und Bildungswelt im Blick, von der Geburt bis zum Ende der Schul- und Berufsbildung. Gerade an den Schnittstellen müssen Kinder und Jugendliche unterstützt und die Erziehungskompetenzen der Eltern gefördert werden. Es ist richtig, dass im Forderungskatalog der Verbände Prävention und Partizipation gegenüber einer verspäteten Krisenintervention Vorrang haben."

Die schwarz-gelbe Landesregierung dürfe das Memorandum nicht nur wieder zur Kenntnis nehmen, sondern müsse endlich handeln, forderte Altenkamp. "Dass Kinder in Armut mehrfach benachteiligt sind, haben bereits die Ergebnisse der Enquete-Kommission im Landtag aufgezeigt. Die Landesregierung reagiert aber immer nur mit dem Hinweis auf die Einrichtung von 3.000 Familienzentren und verbindliche Sprachtests. Das Problem daran ist: An der Kinderarmut ändert sich dadurch nichts. Anstatt die Ursachen für Kinderarmut zu bekämpfen, verschärft die Landesregierung das Problem, indem sie Unterschiede zwischen armen und reichen Kommunen schafft. Das lässt sich unter anderem an der Gebührenentwicklung durch das sogenannte Kinderbildungsgesetz (KiBiz) ablesen."

Altenkamp forderte den Runden Tisch der Landesregierung auf, bei ihrem nächsten Bericht zur Kinderarmut nicht nur Erklärungen abzugeben, sondern dem Land klare Vorgaben zu machen und konkrete Maßnahmen einzufordern.

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Landtag NRW
PRESSEMITTEILUNG
162/09 Düsseldorf, 18. August 2009

Memorandum der Sozialverbände

Steffens: Kinderarmut in NRW ist ein gesellschaftlicher Skandal!

Zum Memorandum der Sozialverbände zur Kinderarmut erklärt Barbara Steffens MdL, stellvertretende Fraktionsvorsitzende und sozialpolitische Sprecherin:

„Das Ausmaß der Kinderarmut in NRW ist ein gesellschaftlicher Skandal. Es ist beschämend, dass sich der Teufelskreis zwischen sozialer Herkunft und schlechten Entwicklungs- und Bildungschancen immer weiter verstärkt hat. Wir weisen seit langem darauf hin, dass endlich wirksame Maßnahmen gegen die Kinderarmut und für mehr Chancengleichheit ergriffen werden müssen.

Das Memorandum der Sozialverbände zur Bekämpfung der Kinderarmut bestätigt die Grünen Forderungen nach einem Gesamtkonzept gegen die Ausgrenzung von Kindern. Wir brauchen im Bund, im Land und in den Kommunen einen entschlossenen Kraftakt statt unverbindliche Erklärungen. CDU und FDP verweigern sich aber den zentralen Elementen, die für einen Politikwechsel notwendig sind: Eine gerechte Förderung von Kindern durch eine existenzsichernde Kindergrundsicherung für alle, einen Mindestlohn, sowie ein Kinderbetreuungs- und Bildungssystem, das durch die gemeinsame Schule für alle fördert statt ausgrenzt.“

Quelle	ddp Deutscher Depeschendienst vom 18.08.2009
Seite	0
Ressort	Politik
Quellrubrik	Interview,Gespräch
Autor	mte/uge

ddp Nachrichtenagentur

(ddp-Interview) Laschet verteidigt Regierungskonzept gegen Kinderarmut

Düsseldorf (ddp-nrw). Familienminister Armin Laschet (CDU) hat das Regierungskonzept zur Armutsbekämpfung gegen Kritik von Sozialverbänden und DGB verteidigt. "Die Bekämpfung der Kinderarmut ist eines der wichtigsten Anliegen dieser Landesregierung", sagte Laschet am Dienstag der Nachrichtenagentur ddp in Düsseldorf. Die rot-grüne Vorgängerregierung habe die Armutsberichte im Landtag gar nicht mehr diskutiert. "Das haben wir mit dem Regierungswechsel 2005 geändert und mit dem Runden Tisch gegen Armut alle Akteure zusammengebracht", sagte Laschet weiter.

"Die CDU-geführte Landesregierung hat gegen Bildungsarmut den Kita-Ausbau vorangetrieben, das Geld für frühkindliche Bildung auf einen Nachkriegsrekord mit fast 1,2 Milliarden Euro gesteigert, den Ganztagsunterricht gefördert und das Programm 'Kein Kind ohne Mahlzeit' gestartet", ergänzte der Kinder- und Jugendminister.

"Wir nehmen die Anliegen der Sozialverbände sehr ernst, aber einzelne Vorschläge halte ich für falsch. Warum soll es sozial sein, den Kindergarten-Besuch für Besserverdienende komplett beitragsfrei zu stellen? Wer einkommensschwach ist, ist heute von den Gebühren befreit", sagte Laschet. "Warum soll aber ein Spitzenverdiener beitragsfrei sein?" Das Land setze auf "mehr Bildungspartizipation und Chancen für alle Kinder und Jugendlichen".

(folgt zweite Zusammenfassung bis 18.00 Uhr)
ddp/mte/uge

Uhrzeit: 17:50

© PMG Presse-Monitor GmbH